

AKTIV

Von foodwatch:

Aktuelle Recherchen von foodwatch haben einen neuen Skandal der Fleischwirtschaft ans Licht gebracht: Einen **unkontrollierten Handel mit tierischen Abfällen und den illegalen Schmuggel mit Tiermehl**. Auf einer äußerst gut besuchten Pressekonferenz hat foodwatch gestern die Untersuchungen veröffentlicht. Zeitgleich wurde eine neue Mitmach-Aktion gestartet, bei der jeder Bürger Minister Horst Seehofer dazu auffordern kann, die Missstände zu beseitigen.

Die Recherchen, die foodwatch über ein Jahr lang betrieben hat und die die Ermittler bis nach Vietnam führten, beweisen, dass die Regelungen für den Umgang mit Schlachtabfällen im großen Maßstab missachtet wurden. Allein im Jahr 2005 haben deutsche Unternehmen Tausende von Tonnen Tiermehl exportiert in Länder mit denen kein entsprechendes Abkommen besteht. Es gibt Hinweise, dass sie dort an landwirtschaftliche Nutztiere verfüttert wurden, was seit der BSE-Krise in der Europäischen Union (EU) verboten ist. Auf diese Weise können die Abfälle zurück in die Nahrungskette gelangen – und womöglich zurück in die EU und nach Deutschland. foodwatch hat Strafanzeige gegen verdächtige Firmen, unter anderem die PHW-Gruppe (Wiesenhof-Hähnchen) und zuständige Kreisbehörden in Niedersachsen gestellt. Sie waren nach Auffassung von foodwatch an dem illegalen Export von tierischen Abfällen beteiligt.

Viele Radio- und auch Fernsehsender berichteten am Tag der Pressekonferenz, heute ist der Skandal in vielen Zeitungen, Onlinemedien und Radiosendern Thema. Ein Vertreter des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums hat im ZDF-Fernsehen im "heute journal" vom 21.02.2007 den Verstoß gegen EU-Recht eingeräumt, die Exporte sollen gestoppt worden sein.

foodwatch fordert den Bundesverbraucherminister und derzeitigen EU-Ratspräsident Horst Seehofer auf, für sichere Regelungen bei tierischen Abfällen zu sorgen. Es kann nicht sein, dass Computerschrott und Autos kontrollierter entsorgt werden müssen, als Abfälle der Fleischwirtschaft. foodwatch hat dazu eine neue Protest-Aktion gestartet, jede Stimme zählt!

Jetzt im Internet mitmachen unter:

http://foodwatch.de/kampagnen_themen/fleisch/tiermehl_schmuggel/mitmach_aktion/

In der Rubrik "Tiermehl-Schmuggel" finden Sie auch den Bericht vom "heute journal" mit Statements von foodwatch-Campaigner und Veterinärmediziner Matthias Wolfschmidt, weitere Medientipps sowie Fotos von der Pressekonferenz. Außerdem ausführliche Hintergrundinformationen und die Strafanzeigen sowie den foodwatch-Report „Die Tiermehl-Schmuggler“ kostenlos als PDF-Dokument zum Herunterladen.

Klicken Sie sich rein, das foodwatch-Team <http://foodwatch.de/>

Von Coordination gegen BAYER-Gefahren: **Offener Brief an BAYER zum Day of No Pesticides**

Übergabe des Offenen Briefs an Bayer Die Bayer AG kündigte 1995 an, hochgiftige Pestizide innerhalb von 5 Jahren weltweit vom Markt zu nehmen. Dieses Versprechen wurde bis heute nicht umgesetzt. Die Umweltverbände Coordination gegen BAYER- Gefahren, WWF Deutschland und Pestizid Aktions- Netzwerk schrieben daher einen Offenen Brief (s. unten) an die Bayer AG, in dem sie einen Verkaufs-Stopp der gefährlichsten Agrogifte fordern. Über 200 Organisationen aus 40 Ländern, darunter der große amerikanische Umweltverband Friends of the Earth, und 400 Einzelpersonen unterzeichneten bereits den Brief (s. Website <http://www.cbgnetwork.de/852.html>)

Das gemeinsame Schreiben benennt acht Wirkstoffe, die von Bayer vertrieben werden und die von der Weltgesundheitsorganisation WHO als "extrem gefährlich" oder "hoch gefährlich" klassifiziert werden. Bitte senden Sie uns eine eMail, wenn Sie die Forderungen unterstützen möchten, wir leiten die gesammelten Unterschriften an Bayer weiter.

Die Übergabe des Briefes am 1. Dezember 2000 fand im Rahmen des internationalen Day of No Pesticides statt, der jeweils am Jahrestag der Explosion von Bhopal daran erinnert, dass Jahr für Jahr Tausende von Menschen an Pestizidvergiftungen sterben und dass Agrochemikalien massive Umweltprobleme verursachen. Vor der Zentrale der Bayer AG in Leverkusen demonstrierten zu diesem Anlass Aktivisten mit Skelettanzügen und Spritzpistolen vor einem symbolischen Gräberfeld.

In einer Stellungnahme gab das Unternehmen zu, Wirkstoffe der Gefahrenklasse I zu produzieren, diese würden aber mit Stoffen geringerer Giftigkeit vermischt, so dass die verkauften Produkte insgesamt eine ungefährliche Toxizität besäßen. Auf die hohe Zahl von Vergiftungen ging Bayer nicht ein. Zudem weigert sich der Konzern, Mengenangaben zur verkauften Wirkstoffen und Produkten zu machen.

Die Bayer AG setzt jährlich über vier Milliarden Mark mit Pestiziden um und gehört damit weltweit zu den sechs größten Giftproduzenten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO spricht von jährlich mindestens drei Millionen Vergiftungen durch Agrochemikalien, von denen bis zu 200.000 tödlich verlaufen. Tödliche Vergiftungen durch Bayer-Pestizide wurden im vergangenen Jahr aus Brasilien, Peru und den Philippinen berichtet.

Unterstützung der Forderungen des Offenen Briefs unter <http://www.cbgnetwork.de/852.html>

Ebenfalls von Coordination gegen BAYER-Gefahren:
Jetzt anfordern: Flugblatt „Giftmüll-Import stoppen“

In Leverkusen, Dormagen, Herten und Brunsbüttel sollen 22.000 Tonnen Sondermüll aus Australien verbrannt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein dicht besiedeltes Land, das bereits eine hohe Umweltbelastung aufweist, zum Ziel internationaler Giftmülltransporte wird. NRW wird dadurch mehr und mehr zum „Müllklo“ - über 600.000 Tonnen Sondermüll wurden im vergangenen Jahr eingeführt, fast zehnmal so viel wie 1997!

Auf der homepage der Coordination gegen BAYER-Gefahren findet sich seit heute das Flugblatt „Giftmüll-Import stoppen“:

<http://www.cbgnetwork.org/downloads/Flugblatt%20Verbrennung%20HCB.pdf>

Zum Weiterverteilen senden wir das Flugblatt und Unterschriftenlisten gerne zu.

Bitte Adresse und die gewünschte Stückzahl an: CBGnetwork@aol.com

Online unterschreiben unter: <http://www.cbgnetwork.org/1757.html>

Coordination gegen BAYER-Gefahren www.CBGnetwork.org

=====

BUCH

Ich moechte nochmals auf das neuerschienene Buch hinweisen:

Umwelt, Macht und Medizin. Zur Würdigung des Lebenswerks von Karl-Rainer Fabig (1943 - 2005) März 2007, Hrsg.: Anita Fabig und Kathrin Otte, Redaktion: Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden, Verlag Winfried Jenior,

325 S., brosch., € 18,- Preis bei Subskription (über den Buchhandel oder den Verlag) bis 15. Mai

2007: € 15,-, e-mail: jenior@aol.com Homepage: www.jenior.de

Mehr unter <http://www.safer-world.org/d/newsletter/2007/104.htm> und/oder

http://www.safer-world.org/d/lit/fabig/Fabig_Buch_Flyer.pdf

=====

CHEMIKALIEN - FEINSTAUB

20.03.07

Feinstaub: Bundesverwaltungsgericht entscheidet höchstrichterlich über "Recht auf saubere Luft"

Berlin (ots) - Betroffener verlangt mit Unterstützung der Deutschen Umwelthilfe vom Freistaat Bayern und der Stadt München weitgehende Maßnahmen gegen hohe Feinstaubbelastung - Erster

Erfolg: Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hebt Spruch des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs auf und lässt Revision zu - Vertreter der Bundesregierung beim BVerwG gibt dem Kläger Recht - DUH erwartet Urteil mit bundesweiten Konsequenzen

20. März 2007: Die Chancen wachsen, dass Bürgerinnen und Bürger in mit lebensbedrohendem Feinstaub belasteten Wohnquartieren konkrete Gegenmaßnahmen vor Gericht durchsetzen können. In zwei Verhandlungen befasst sich das Bundesverwaltungsgericht Leipzig (BVerwG) letztinstanzlich mit der Klage eines von der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) unterstützten Münchner Bürgers gegen den Freistaat einerseits und die Stadt München andererseits.

Zunächst wird am Donnerstag kommender Woche (29. März, 10:30 Uhr) die Klage des in der Landshuter Allee in München wohnenden Bürgers gegen den Freistaat Bayern auf unverzügliche Aufstellung eines Plans verhandelt, der wirksame Maßnahmen zur Einhaltung der Feinstaub-Grenzwerte festlegt. Darüber hinaus ließ das Bundesverwaltungsgericht in der vergangenen Woche die Revision des Klägers gegen eine Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu. Das Gericht hatte dem betroffenen Bürger das Recht abgesprochen, von der Landeshauptstadt München unverzügliche verkehrsbeschränkende Maßnahmen auf dem mittleren Ring zu verlangen. Dieser Spruch wurde nun vom Bundesverwaltungsgericht aufgehoben, das im Revisionsverfahren klären will, ob ein Anspruch auf Fahrverbote besteht (AZ: BVerwG 7 B 54.06). Auch der Vertreter der Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht hat inzwischen den Rechtsanspruch des Klägers auf "saubere Luft" bestätigt und gegenüber dem Gericht erklärt, dass er ihn auch vor Gericht durchsetzen können muss.

"Nach mehr als zwei Jahren gerichtlicher Auseinandersetzungen sind wir hoffnungsvoll, dass die Feinstaub-Betroffenen endlich ihr Recht auf saubere Luft gegen Stadtväter und Landespolitiker durchsetzen können, die sich ihrer vornehmsten Pflicht, die Bürger vor schweren Gesundheitsgefahren zu schützen, beharrlich zu entziehen versuchen", sagte DUH Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Sollte das Bundesverwaltungsgericht ein bürgerfreundliches Urteil fällen, rechnet Resch mit harten Fahrverboten in allen von hohen Feinstaubbelastungen betroffenen Ballungsgebieten. "Wer es bisher gewohnt war, mit seinem Dieselstinker ohne Partikelfilter in die Stadtzentren zu fahren, wird sich entweder auf den öffentlichen Personennahverkehr umstellen oder schnell einen Partikelfilter nachrüsten müssen", so Resch.

Der Münchner Kläger wehrt sich seit zwei Jahren gegen die massive Überschreitung der EU-weit gültigen Feinstaubgrenzwerte in seiner Wohnstraße. Die Musterklage wird von der DUH unterstützt. Die Landshuter Allee zählt nach den Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes zu den am stärksten belasteten Straßen Deutschlands. Feinstaub gilt als das derzeit schwerwiegendste Luftreinhalteproblem in Deutschland und geht entlang der Hauptverkehrsadern vor allem auf die Emissionen von Pkw- und Lkw Dieselmotoren zurück. Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht davon aus, dass in Deutschland insgesamt jährlich 75.000 Menschen vorzeitig und im Durchschnitt zehn Jahre zu früh an der Feinstaubbelastung sterben.

Remo Klinger, DUH-Anwalt aus der Berliner Kanzlei Geulen/Klinger und Vertreter des Münchner Klägers in dem Verfahren: "Wenn sich die Rechtsauffassung des Vertreters der Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht durchsetzt, werden Bürgerinnen und Bürger deutschlandweit ihr Recht auf saubere Luft einklagen können. Die Zeit des Abwartens in dutzenden von Städten wird dann zu Ende gehen. Sie alle werden wirklich wirksame Maßnahmen ergreifen müssen. Die derzeit zu beobachtende halbherzige Einrichtung von Umweltzonen mit Ausnahmeregeln für alles und jeden wird nicht mehr genügen."

Originaltext: Deutsche Umwelthilfe e.V.
[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=967&cHash=5ca7605f21](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=967&cHash=5ca7605f21)

7.02.2007

Scheingrenzwerte für Europas Städte

Mit Grenzwerten zu Feinstaub ist es in der EU so eine Sache: Entweder es gibt keine, wenn es welche gibt, sind sie sehr hoch angesetzt, und werden sie dennoch überschritten, so hat das keine Konsequenzen. EU-Richtlinien zur Feinstaub-Belastung sind daher eher zahnlose Papiertiger mit Scheingrenzwerten. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=437213,4967./medizin/atemwege>

Neue Studie liefert Argumente für niedrige Feinstaub-Grenzwerte

Immer mehr Studien deuten darauf hin, dass die geplanten EU-Grenzwerte für Feinstaub unzureichend sind. So ist die Gefahr für einen tödlichen Herzinfarkt und Schlaganfall in stark belasteten Gebieten um den Faktor zwei bis drei erhöht, hat eine große Studie mit älteren Frauen ergeben.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=437280,4967,/medizin/atemwege>

2.02.2007

Feinstaub: Postmenopausale Frauen kardiovaskulär besonders gefährdet

Seattle - Die kardiovaskulären Risiken von Feinstaub scheinen deutlich höher zu sein als bisher angenommen. Eine prospektive Beobachtungsstudie im New England Journal of Medicine (NEJM 2007; 356: 447-458) kommt zu deutlich höheren Risiken als [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21152>

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

26.03.2007

Bundestag: Grenzwertveränderungen bei Pestiziden

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/FID) Über die von 2004 bis 2006 vorgenommenen Grenzwertveränderungen bei Pestiziden durch das Bundesamt für Verbraucherschutz will die Linksfraktion durch eine Kleine Anfrage ([16/4678](#)) informiert werden. Erbeten werden genaue Angaben zu den einzelnen Erhöhungen und zu der jeweiligen wissenschaftlichen Bewertungsgrundlage.

Vom Industrieverband Agrar e.V. 15.03.07

Pflanzenschutz-Rückstände: Einheitliche Höchstmengen rücken näher

Frankfurt a. M. (ots) - Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat heute eine erste Stellungnahme zu 236 Pflanzenschutz-Wirkstoffen veröffentlicht, die einheitliche Rückstands-Höchstmengen erhalten sollen. Für 92 davon können derzeit geltende Werte aus den Mitgliedstaaten übernommen werden. Die übrigen Substanzen durchlaufen nun ein wissenschaftliches Bewertungsverfahren. "Alle zulässigen Rückstandsgehalte sind jedoch ohne Risiko für die Verbraucher; hier gelten sehr hohe Sicherheitsfaktoren", erklärt dazu der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbands Agrar e. V. (IVA), Volker Koch-Achelpöhlner.

Wegen der unterschiedlichen Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft gelten meist auch unterschiedliche nationale Höchstmengen. "Dies führt immer wieder zu Problemen beim grenzüberschreitenden Handel und verunsichert die Verbraucher," so Koch-Achelpöhlner. "Deshalb begrüßen wir jeden Fortschritt bei der Vereinheitlichung der Höchstmengen."

Weil Höchstmengen immer für eine ganz bestimmte Kombination von Wirkstoff und Lebensmittel festgelegt werden, waren über 60.000 Werte zu bearbeiten. Ursprünglich sollte der Prozess schon 2006 abgeschlossen sein. Jetzt ist als Zielmarke Ende 2008 angepeilt.

Momentan ist EFSA im Auftrag der EU-Kommission dabei, vorläufige Höchstmengen vorzuschlagen. Alle in den Mitgliedstaaten gültigen Werte mussten an den Sitz der Behörde im italienischen Parma gemeldet werden. Wenn der höchste davon als sicher eingestuft wurde, was nun bei 40 Prozent der Substanzen der Fall war, wurde er als vorläufige Höchstmenge vorgeschlagen.

"EFSA ist dabei extrem vorsichtig vorgegangen und hat dabei gleich mehrere unrealistische Annahmen kombiniert", erklärt dazu Koch-Achelpöhlner. Beispielsweise hat EFSA bei jedem Lebensmittel die jeweils höchste in einem Mitgliedstaat veranschlagte Verzehrsmenge zugrunde gelegt. Danach würde ein Finne gleich viele Tomaten essen wie ein Italiener oder ein Holländer ebenso viele Oliven wie ein Grieche. Das ergibt ein Verzehrsmuster, das nirgendwo als Realität existiert. Weiter ist EFSA davon ausgegangen, dass alle Lebensmittel, für die Höchstmengen

existieren, auch Rückstände enthalten.

Tatsächlich werden die Wirkstoffe aber stets nur in einer begrenzten Anzahl der Kulturen angewendet. Gleichzeitig wurde angenommen, dass alle Früchte jeweils bis an den zulässigen Höchstgehalt belastet sind. Praktisch werden aber in der Hälfte der Produkte keine Rückstände gefunden; wo sie nachweisbar sind, bewegen sie sich in der Regel im unteren Bereich. EFSA hat zudem nicht berücksichtigt, dass ein Großteil der Lebensmittel vor dem Verzehr verarbeitet wird.

Die 144 Substanzen, die bislang keine vorläufigen Höchstmengen erhalten haben, werden im zweiten Schritt nach realitätsnäheren Kriterien bewertet. "In den meisten Fällen dürften sich die gemeldeten Höchstmengen als akzeptabel erweisen", erwartet Koch-Achelpöhlner.

Der Industrieverband Agrar e. V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von Unternehmen der agrarchemischen und agrarbiologischen Industrie in Deutschland. Zu den Geschäftsfeldern der 46 Mitgliedsunternehmen gehören Pflanzenschutz, Pflanzenernährung, Schädlingsbekämpfung und Biotechnologie.

Originaltext: Industrieverband Agrar e.V.
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=16070>
www.iva.de

Anmerkung Scherrmann:

Ich nehme diese Info von der Industrie in diesen Newsletter auf, damit die LeserInnen sehen, - wie dringlich es ist, zumindest europaweit einheitliche Regelungen zu schaffen, und - wie kompliziert solche Bewertungen und Verordnungen sind.

Die wesentliche Frage ist meines Erachtens - wie bei anderen Chemikalien auch - wie der Begriff "sicher" definiert wird. "Sicher" im Sinne der Industrie bedeutet normalerweise, dass man/frau nach Gebrauch/Verzehr nicht sofort tot umfaellt oder umgehend schwere Kolliken oder andere schwere Krankheitssymptome eintreten.

Um tatsaechlich laengerfristig auf der "sicheren Seite" zu sein, gibt es m. E. nur die Alternative, sich für Nahrung aus oekologischem Anbau zu entscheiden. Gluecklicherweise haben die VerbraucherInnen diese Entscheidungsmoeglichkeit.

Von Kranken wird mir immer wieder berichtet, dass sie es sich finanziell nicht leisten koennen, Nahrung aus kontrolliertem Anbau zu kaufen. Manche meinen, sie koennten sich nur billigstes Essen leisten, um die benoetigten Supplements bezahlen zu koennen.

Als Mathematikerin stelle ich mir die Frage, wie Rechenungsmodelle erstellt werden koennten, die bei der Ernaehrungsfrage auch weitere Parameter (wie Folgekosten unzureichender oder falscher Ernaehrung) miteinbeziehen und mit denen relativ leicht zu belegen waere, dass Praevention auf dem Ernaehrungssektor sich auch finanziell lohnt.

=====
CHEMIKALIEN - PHTHALATE

Vom UBA: , 7.2.2007

**Phthalate – nützliche Weichmacher mit unerwünschten Nebenwirkungen
Empfehlung des Umweltbundesamtes zum schrittweisen Ersatz**

Phthalate sind so genannte Weichmacher: Sie machen Kunststoffe elastisch. Verwendung finden sie vor allem bei der Herstellung des Weich-PVC (Polyvinylchlorid), aus dem viele Alltagsprodukte bestehen, von Bodenbelägen, über Kunstleder und Tapeten bis zu Duschvorhängen. Doch die Phthalate sind in Weich-PVC nicht fest eingebunden. Sie dünsteten aus oder lösen sich beim Kontakt mit Flüssigkeiten sowie Fetten. Die Folge: Phthalate finden sich überall in der Umwelt und der Mensch kommt ständig mit ihnen in Berührung. Einige Phthalate haben fortpflanzungsgefährdende Eigenschaften. Andere stehen in Verdacht, sich in der Umwelt anzureichern. Risiken für Mensch oder Umwelt sind dennoch nur für wenige Anwendungsbereiche identifiziert. So hat die EU-Kommission beispielsweise ein Verbot für Phthalate in Babyartikeln und Kinderspielzeug erlassen. Obwohl für die meisten Anwendungen keine Risiken nachgewiesen sind, empfiehlt das Umweltbundesamt (UBA) im Sinne einer vorsorgenden und nachhaltigen Chemikalienpolitik, den Eintrag der Phthalate in die Umwelt so weit wie möglich zu vermeiden. Hersteller sollten Weich-PVC – wo dies möglich ist – durch weniger umweltbelastende Materialien ersetzen. Für viele Anwendungen sind andere Kunststoffe, die

keine Weichmacher benötigen, wie Polyethylen (PE) oder Polypropylen (PP), geeignet. Verbraucherinnen und Verbraucher haben zudem die Möglichkeit, sich für gänzlich andere Werkstoffe – wie Holz oder Kork als Bodenbelag – zu entscheiden.

Die chemische Industrie produziert jährlich in Westeuropa rund eine Million Tonnen Phthalate. Mehr als 90 Prozent gehen in die Produktion des Weich-PVC. Der Mensch nimmt diese Weichmacher vor allem über die Luft und die Nahrung auf. Bei fast jedem Menschen sind Phthalate im Blut nachweisbar. Die fünf am meisten eingesetzten Phthalate sind Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Dibutylphthalat (DBP), Benzylbutylphthalat (BBP), Di-isononyl-phthalat (DINP) und Di-isodecylphthalat (DIDP).

Zu den als fortpflanzungsgefährdend eingestuften Phthalaten zählen DEHP, DBP und BBP. Bei diesen Weichmachern zeigen die EU-Stoffbewertungen bei wenigen Anwendungen Risiken für den Menschen oder die Umwelt. Die EU-Kommission hat deshalb Maßnahmen zur Risikominderung – beispielsweise das Verbot in Kinderspielzeug und Babyartikeln – getroffen. Bei den meisten anderen Anwendungen finden sie sich aber weiterhin im Einsatz.

Die PVC-Hersteller ersetzen mittlerweile vor allem DEHP teilweise durch DINP und DIDP. Diese Phthalate sind nicht als gefährliche Stoffe eingestuft. Die EU-Kommission hat aber wegen der Risiken von DIDP und – aus Vorsorgegründen – auch für DINP ein Verbot für Babyartikel und Kinderspielzeug, das in den Mund genommen werden kann, erlassen. Die EU-Risikobewertungen zeigen keine weiteren Risiken bei DINP und DIDP auf. Das UBA bewertet das anzunehmende Umweltverhalten dieser Stoffe jedoch als bedenklich. Sie stehen im Verdacht, sich in hohem Maße in Organismen anzureichern und eine lange Lebensdauer im Boden und in Sedimenten aufzuweisen.

Das UBA spricht sich dafür aus, dass Stoffe, die in der Umwelt langlebig sind oder ein hohes Anreicherungspotenzial in Organismen aufweisen, generell nicht in die Umwelt gelangen sollten. Auch den Umwelteintrag fortpflanzungsgefährdender Stoffe gilt es zu vermeiden. Für Weich-PVC werden überwiegend Phthalate als Weichmacher eingesetzt. Die Freisetzung der Phthalate aus Weich-PVC ist grundsätzlich nicht zu verhindern. Das UBA empfiehlt daher den schrittweisen Ersatz von Weich-PVC durch weniger umweltbelastende Werkstoffe.

Weitere Informationen zu Phthalaten, ihren Eigenschaften, den EU-Risikobewertungen und zu Produktalternativen finden Sie im UBA-Hintergrundpapier „Phthalate – Die nützlichen Weichmacher mit unerwünschten Eigenschaften“ unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/weichmacher.pdf>.

*

Anmerkungen Scherrmann:

Auch hier zeigt sich: Empfehlungen sind wichtig. Doch Empfehlungen sind nicht bindend. Ohne eindeutige Gesetze bzw. Verbote wird sich der Gebrauch wenig ändern. Und da eine andere Abteilung des UBA kraeftig an der Legende mitgestrickt hat, dass Menschen, die meinen, von Chemikalien krank geworden zu sein, ja eigentlich psychisch krank seien, wird eine Reduktion nicht als dringlich eingestuft.

Ich frage mich, ob die MitarbeiterInnen des UBA und BfR ihre eigenen Krankheiten und die ihrer Kinder unter dem Aspekt einer Chemikalieninduzierten Krankheit (SIK) betrachten, und ob sie z. B. bei Unfruchtbarkeit ihre Phthalatbelastung als mögliche Ursache in Erwägung ziehen.

=====

CHEMIAKLIE - TABAK

05.02.07

Weniger Herzinfarkte nach Rauchverbot - Italienische Ärzte melden erste Erfolge durch Tabakeinschränkungen

Baierbrunn (ots) - In der italienischen Region Piemont hat die Zahl der Herzinfarkte bei unter 60-Jährigen seit der Einführung des Rauchverbots in öffentlichen Gebäuden Anfang 2005 um elf Prozent abgenommen, berichtet das Apothekenmagazin "Diabetiker Ratgeber". Experten führen dies in erster Linie auf den Wegfall des Passivrauchens zurück. Wie Dr. Francesco Barone-Adesi von der

Universität Turin erklärt, könne bereits ein kurzer Aufenthalt in einem verrauchten Lokal die Gerinnelbildung in Blutgefäßen fördern, was nur ein Beispiel für die ungünstigen Folgen des Passivrauchens sei. Er erwartet, allerdings mit einer größeren zeitlichen Verzögerung, nun auch einen Rückgang von Krebserkrankungen.

Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)
Originaltext: Wort und Bild - Diabetiker Ratgeber
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52279>

Rauchverbot in Frankreichs Büros und Behörden in Kraft

Paris - In Frankreich ist am Donnerstag eines der schärfsten Rauchverbote in Europa in Kraft getreten. Unzulässig ist das Anstecken einer Zigarette damit in öffentlich zugänglichen Gebäuden und am Arbeitsplatz. Schulhöfe, Krankenhäuser oder öffentliche Verkehrsmittel werden ebenfalls zu Nichtraucherzonen, deren Verletzung mit Bußen von bis zu 135 Euro geahndet wird. Premierminister Dominique de Villepin sprach von einem „historischen Moment“.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21139>

1.02.2007

Lungenkrebs durch Passivrauchen am Arbeitsplatz

Chicago - Raucher gefährden am Arbeitsplatz Gesundheit und Leben ihrer Kollegen. Eine jetzt im American Journal of Public Health (2007; doi 10.2105/AJPH.2004.061275) publizierte Meta-Analyse bestätigt die bekannte Assoziation zwischen Passivrauchen [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=27358>

Abstract der Studie: <http://www.ajph.org/cgi/content/abstract/AJPH.2004.061275v1>

=====

CHEMIKALIEN - SICHERHEITSDATENBLÄTTER

15.02.2007

Vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG)

Berufsgenossenschaften: Sicherheitsdatenblätter recherchieren - ganz easy mit ISi

Gastbereich bietet kostenlosen Zugriff auf 20.000 Datenblätter

800.000 Sicherheitsdatenblätter von knapp 300 Firmen frei verfügbar für Behörden,

Unfallversicherungsträger und Notrufinstitutionen: So lautet das Angebot des Informationssystems für Sicherheitsdatenblätter (ISi) beim Berufsgenossenschaftlichen Institut für Arbeitsschutz (BGIA).

ISi ist damit das größte deutschsprachige Internetportal seiner Art. Über den Gastbereich haben außerdem Privatpersonen und Firmen kostenlosen Zugriff auf etwa 20.000 Datenblätter.

ISi wurde 1994 geschaffen, um den behördlichen Bedarf an Sicherheitsdatenblättern zu decken. Seit ISis Gründung durch das BGIA und den Verband der chemischen Industrie (VCI) ist der Datenbestand um das Vierhundertfache angewachsen. Parallel entstand ein so genannter Gastbereich, in dem beteiligte Firmen Sicherheitsdatenblätter der Allgemeinheit zugänglich machen. Auch dieses Angebot hat sich ständig vergrößert und bietet inzwischen eine umfangreiche Datenbasis für nicht behördliche Hilfesuchende.

Erst kürzlich hat das BGIA ISi neu gestartet, um mit einer neuen Oberfläche und neuen Optionen die Recherche noch bequemer und schneller zu machen: Neben der gezielten Abfrage nach Firmen, Produkten und Identcodes kann der Anwender nun jede beliebige Datenblattangabe als Suchkriterium im Rahmen einer Volltextsuche verwenden.

Auch mit Blick auf die neue europäische Chemikalienverordnung REACH gewinnt ISi an Bedeutung: Schließlich ist das Sicherheitsdatenblatt die wichtigste Informationsquelle für den sicheren Umgang mit Gefahrstoffen. Die Verordnung fordert außerdem, zusätzliche Informationen, den so genannten Stoffsicherheitsbericht, an das Sicherheitsdatenblatt anzuhängen. Die neu gestaltete ISi-Datenbank ist schon jetzt auch dafür ausgelegt.

Der Stoffsicherheitsbericht des Herstellers ist dann erforderlich, wenn Stoffmengen von mehr als zehn Tonnen in Verkehr gelangen. Er beurteilt die Gefährlichkeit des Stoffes bei Verwendung, zeigt Risiken

auf und beschreibt sichere Expositionsszenarien sowie Maßnahmen des Risikomanagements.

"Mit ISI besitzen die Berufsgenossenschaften eine Datenbank, die in jeder Hinsicht fit für die Zukunft ist und europäischen Ansprüchen genügt", so das Fazit von Dr. Ute Kringel, Chemikerin und Hauptverantwortliche für ISI.

Link zu Datenbank: www.hvbg.de/bgja/isi .

*

Anmerkung Scherrmann:

Mit dem Gast-Zugang hat man/frau einen raschen (und ganz "easy") Zugang zu ca. 20 000 Sicherheitsdatenblätter, aber nicht zu den restlichen 780 000. Freigegeben fuer die Buergerinnen und Buerger sind also nur 2,5 % der vorhandenen Sicherheitsdatenblaetter. Um Zeit zu sparen, ist es i.a. sinnvoll, auf der linken Navigationsseite zuerst zu recherchieren, ob eine Firma auf der Website ueberhaupt ihre Sicherheitsdatenblaetter zur oeffentlichen Einsicht freigegeben hat.

Nach Ruecksprache mit Frau Dr. Kringel "ist der HVBG/BGIA lediglich Treuhänder, nicht Eigentümer der Daten. Wer einen Zugang erhält bestimmt alleine der VCI (Verband der chemischen Industrie) bzw. seine Mitglieder. Vom Gesetzgeber vorgesehen ist lediglich eine Abgabe der Sicherheitsdatenblätter durch die Hersteller an die jeweiligen gewerblichen Bezieher eines Produktes. ... Ein Teil der Sicherheitsdatenblätter wurde von einigen Firmen für die Öffentlichkeit freigegeben. Diese werden über den Zugang 'GAST' angezeigt. Der HVBG/BGIA bemüht sich den im Gastbereich zur Verfügung stehenden Anteil an Sicherheitsdatenblättern kontinuierlich zu erhöhen. Sollten Sie hauptsächlich an Informationen zu Reinstoffen interessiert sein, empfehle ich Ihnen unsere Gestis-Stoffdatenbank, diese steht im Internet frei zur Verfügung. (Link www.hvbg.de/bgja/stoffdatenbank " (Zitat einer Mail vom 26.03.2007)

Ueber die Gestis-Datenbank zu recherchieren ist meiner Erfahrung nach aber nicht so "easy".

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug aus Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V., vom 22.03.2007

22. März 2007 **Bisher geheime Studie heizt Konflikt um Handymasten an**

Salzburg (SN). Die Strahlung von Handymasten kann das Immunsystem schwächen - das ergab eine Studie im Auftrag des Landes, die den SN exklusiv vorliegt. Wissenschaftler hatten in den vergangenen eineinhalb Jahren die Auswirkungen der Strahlung von GSM-Mobilfunk-Sendestationen auf die Menschen in der Umgebung untersucht.

Betroffen sind der Studie zufolge vor allem Personen, die dauernd der Strahlung durch Handymasten ausgesetzt sind. Eine Folge könnten chronische Stressbelastungen sein. Experten empfehlen, im Bereich "sensibler" Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten keine Mobilfunk-Sendeanlagen zu montieren. Der von der Mobilfunkindustrie heftig kritisierte Salzburger Vorsorgewert sei "absolut gerechtfertigt", heißt es zudem. Er liege "eher zu hoch als zu niedrig". Die Akademie der Wissenschaften prüft die Studie derzeit.

© SN. <http://www.salzburg.com/sn/07/03/22/artikel/3173807.html>

Gesundheitsrisiko Mobilfunk <http://omega.twoday.net/stories/3460009/>

Ämter ignorieren Warnungen von Umweltverbänden <http://freepage.twoday.net/stories/3460161/>

Ästhetik contra Gesundheit: verkehrte Welt <http://omega.twoday.net/stories/3460184/>

Bürgerwelle e.V. Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog
Internet <http://www.buergerwelle.de>

Und eine Studie von deutschen AutorInnen in Englisch:

Michael Landgrebe, Simone Hauser, Berthold Langguth, Ulrich Frick, Goran Hajak and Peter Eichhammer, **Altered cortical excitability in subjectively electrosensitive patients: Results of a pilot study**, Journal of Psychosomatic Research, Volume 62, Issue 3, March 2007, Pages 283-288.

(<http://www.sciencedirect.com/science/article/B6T8V-4N4C94D-7/2/e4c2493a962e5aa03be37ce500cb9817>)

Abstract: Objective Hypersensitivity to electromagnetic fields is frequently claimed to be linked to a variety of unspecific somatic and/or neuropsychological complaints. Whereas provocation studies often failed to demonstrate a causal relationship between electromagnetic field exposure and symptom formation, neurophysiological examinations highlight baseline deviations in people claiming to be electrosensitive. **Methods** To elucidate a potential role of dysfunctional cortical regulations in mediating hypersensitivity to electromagnetic fields, cortical excitability parameters were measured by transcranial magnetic stimulation in subjectively electrosensitive patients (n=23) and two control groups (n=49) differing in their level of unspecific health complaints. **Results** Electrosensitive patients showed reduced intracortical facilitation as compared to both control groups, while motor thresholds and intracortical inhibition were unaffected. **Conclusions** This pilot study gives additional evidence that altered central nervous system function may account for symptom manifestation in subjectively electrosensitive patients as has been postulated for several chronic multisymptom illnesses sharing a similar clustering of symptoms.

Keywords: Chronic multisymptom illnesses; Electromagnetic hypersensitivity; Intracortical facilitation; Transcranial magnetic stimulation

*

Das Abstract ist noch nicht über www.sciencedirect.com abrufbar. Wenn Sie den (englischen) Fulltext zu privaten Zwecken haben wollen, mailen Sie mich bitte an.

* und/oder

Wirkungen von GSM-Sendeanlagen auf den Menschen

Im Auftrag des Landes Salzburg wurde vom "Forschungsinstitut für Grund- und Grenzfragen der Medizin und Biotechnologie" der Landesklinik Salzburg eine Studie abgeschlossen, die genau die Frage beantwortet: ab welcher Belastung ist die Gesundheit gefährdet.

Diese Studie bestätigt alle Befürchtungen: Mobilfunkanlagen gefährden die Gesundheit weit unterhalb der Grenzwerte. Der deutsche Grenzwert liegt bei utopischen 10.000.000 Mikrowatt/m² für UMTS. Die Studie ergab: gesundheitliche Beeinträchtigungen sind bereits bei 500 Mikrowatt/m² erkennbar. Am Ende der Kurzzusammenfassung der Studie heißt es:

"Fazit: Der "alte" "Salzburger Vorsorgewert" von 1.000 Mikrowatt/m² (= 1 mW/m²) aus dem Jahr 1998 erscheint absolut gerechtfertigt; er liegt eher zu hoch als zu niedrig, denn Veränderungen sind schon bei etwa 500 Mikrowatt/m² erkennbar."

Weiter unter: <http://omega.twoday.net/stories/3478689/>
<http://omega.twoday.net/stories/3464649/> und <http://www.der-mast-muss-weg.de/pdf/studien/gsmstudie.pdf>

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

Von Greenpeace 07.03.07:

Gesundheitsrisiko durch Gen-Mais belegt: Greenpeace und französische Wissenschaftler veröffentlichen Bewertung von Ratten-Fütterungsversuchen mit MON863

Berlin (ots) - Sehr geehrte Damen und Herren, wir möchten Ihnen eine neue Studie vorstellen, die das Gesundheitsrisiko des international als Lebens- und Futtermittel zugelassenen Gen-Maises Mais MON863 belegt. Der Mais geriet im April 2004 in die Schlagzeilen, nachdem die französische Zeitung "Le Monde" erstmals über Veränderungen im Blutbild und Organschäden von Ratten, die mit MON863 gefüttert wurden, berichtete. Gegen den Widerstand des Herstellers, des US-Agrarkonzerns Monsanto, konnte Greenpeace im Juni 2005 die Veröffentlichung der Fütterungsversuche juristisch erreichen. Nach jahrelangen Debatten um das Gefährdungspotential des Gen-Maises hat die unabhängige

französische Expertengruppe CRIIGEN (Committee for Independent Research and Genetic Engineering) den über 1000-seitigen Fütterungsversuch nun abschließend ausgewertet. Die zur Veröffentlichung anstehenden Ergebnisse zeigen fehlerhafte Datenauswertungen Monsantos und deutliche gesundheitliche Beeinträchtigungen der Versuchstiere auf.

Die Erkenntnisse der Studie werden erneut zu einer Grundsatzdebatte über die Risiken von Gen-Pflanzen führen müssen. Es wird deutlich, dass die aktuell angeforderten Sicherheitschecks der Zulassungsbehörden für gentechnisch veränderte Pflanzen nicht ausreichen, um Risiken für Mensch und Umwelt auszuschließen.

Originaltext: Greenpeace e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6343>
www.greenpeace.de

Vom BUND am 28.02.07

Seehofers Gentechnikpläne verraten Landwirte, Lebensmittelhersteller und Verbraucher

Berlin (ots) - Das heute vom Bundeskabinett verabschiedete Eckpunktepapier von Agrarminister Horst Seehofer zum Gentechnikgesetz ist nach Ansicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Vorstufe für ein "Gentechnik-Durchmarsch-Gesetz". Leider lasse sich in dem Papier keine der von der SPD erhobenen Forderungen zum Schutz von Umwelt und Verbraucher mehr auffinden. Warum die SPD dies akzeptiere sei unklar, schließlich habe sie sich den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft noch vor kurzem auf die Fahnen geschrieben. So habe sie vorgehabt, für unmittelbare und mittelbare Schäden durch gentechnische Verunreinigungen von Ernten die Verursacher haften zu lassen. Die SPD müsse jetzt erklären, warum sie keine einzige ihrer Forderungen durchgesetzt habe.

Seehofer erteile Forschungseinrichtungen und Firmen, die Gentech-Pflanzen experimentell erproben sowie Bauern, die diese kommerziell anbauen wollen einen Freibrief für großflächige gentechnische Verunreinigungen. Landwirte und Verbraucher, die auch künftig gentechnikfrei wirtschaften und sich ernähren wollten, würde mit den Eckpunkten schwer geschadet. Seehofer und das gesamte Bundeskabinett unterstützen leider eine Minderheit, die der Agro-Gentechnik zum Durchbruch verhelfen wolle und ignorierten den Wunsch der Mehrheit, die Gentechnik nicht auf Feldern und Tellern wünsche.

Wenn der Plan realisiert werde, für gentechnisch verunreinigte Ernten erst oberhalb von 0,9 Prozent eine Entschädigung zu ermöglichen, würde die Grundkontamination der Nahrungskette zur Regel und der Großteil der Haftungsfälle in Zukunft nicht mehr entschädigt. Verunreinigte Ernte würde außerdem unverkäuflich und die Bauern blieben auf dem Schaden sitzen. Zu den Verlierern gehörten dann auch Lebensmittelhandel und -industrie. Profitieren würden Gentech-Landwirte und -Firmen, die ihr Saatgut leichter verkaufen könnten. Eine Entschädigung bei ungewollten Folgen von gentechnischer Forschung und experimentiellen Freisetzen beschränke sich lediglich auf unmittelbare Nachbarn und dann auch nur auf die Ernten und nicht auf Produkte, die daraus gewonnen würden.

Heike Moldenhauer, Gentechnikexpertin des BUND: "Jede Kontamination eines Feldes mit gentechnischen Bestandteilen ist ein Nachteil für die betroffenen Landwirte und muss deshalb entschädigt werden. Als Grenzwert oberhalb dem entschädigt werden muss, sollte nach dem Vorbild des Gentechnikgesetzes der Steiermark 0,1 Prozent gelten. Wenn dies nicht geschieht, verliert der Verbraucher seine Wahlfreiheit und mittelfristig wird ihm jede Entscheidung für garantiert gentechnikfreie Lebensmittel genommen."

Der BUND fordert, dass Forschungseinrichtungen und Gentech-Firmen Freisetzungsversuche so durchführen, dass Verunreinigungen von Nachbarfeldern nicht möglich sind. Sollte es trotz aller Vorsichtsmaßnahmen zu Kontaminationen kommen, müssten die Firmen und Forschungseinrichtungen alle Schäden in der Produktionskette selbst übernehmen und dürften das Risiko nicht auf die Steuerzahler bzw. Lebensmittelhandel und -industrie abwälzen. Um das Risiko zu minimieren, müssten zudem die vorgesehenen Sicherheitsabstände vergrößert werden. Außerdem sei das öffentliche Standortregister von Gentech-Feldern in seiner jetzigen Form zu erhalten. Geheimniskrämerei beim Einsatz der

Gentechnik führe lediglich zu mehr Bürokratie und Verunsicherung.

Originaltext: BUND
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=7666>
Pressekontakt: Heike Moldenhauer, BUND-Gentechnikexpertin,
E-Mail: presse@bund.net Internet: www.bund.net

Von Greenpeace: 31.01.07

Eine Million Europäer gegen heimliches Gen-Food / Greenpeace präsentiert Horst Seehofer Unterschriften für Kennzeichnung

Berlin (ots) - 31.01.2007 - Greenpeace präsentiert heute im Landwirtschafts- und Verbraucherministerium die Forderungen von 400.000 deutschen Verbrauchern, die sich im Rahmen einer europaweiten Unterschriftensammlung gegen Gen-Food einsetzen. Insgesamt hat die Umweltorganisation in ganz Europa eine Million Unterschriften gesammelt. Tierische Produkte wie Milch, Eier oder Fleisch unterliegen bisher nicht der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte. Auf den Lebensmitteln fehlen Informationen, ob die Tiere mit genmanipulierten Pflanzen gefüttert wurden.

Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) unterstützt die umfassendere Kennzeichnungspflicht. Am 5. Februar übergibt Greenpeace die Unterschriften europäischer Verbraucher in Brüssel dem EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Markos Kyprianou.

"Verbraucher wollen kein Gen-Food", sagt Greenpeace-Verbraucherexpertin Corinna Hölzel. "Minister Seehofer muss sich jetzt auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Lücke in der Kennzeichnungsverordnung geschlossen wird."

Nach der EU-Kennzeichnungsverordnung von April 2004 müssen lediglich Zutaten aus gentechnisch veränderten Pflanzen in Lebensmitteln gekennzeichnet werden. Aus den Supermärkten sind diese Lebensmittel bereits verschwunden. Dennoch werden Gen-Pflanzen zur Produktion von Lebensmitteln eingesetzt: Jedes Jahr werden um die 20 Millionen Tonnen gentechnisch verändertes Soja als Tierfutter nach Europa importiert. Gen-Mais wird auch in Deutschland als Tierfutter angebaut. Nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) von Dezember 2006 fordern 89 Prozent der deutschen Verbraucher eine Kennzeichnungspflicht auch für Produkte, an denen keine direkten gentechnischen Veränderungen vorgenommen wurden.

"Ohne Kennzeichnung gleicht im Supermarkt ein Ei dem anderen. Auch wer sich gegen Gen-Food entschieden hat, wird gezwungen, den weltweiten Anbau von Gen-Pflanzen durch seinen Einkauf von ungekennzeichneten Milch- oder Fleischprodukten fördern", sagt Corinna Hölzel. "Die umfassende Kennzeichnung ist eine wichtige Voraussetzung für Verbraucher, sich am Markt verantwortungsvoll zu entscheiden."

Greenpeace hat eine Million Unterschriften gesammelt, da mit dem Entwurf der EU-Verfassung vom Oktober 2004 die Beteiligung der europäischen Bürger in der Gesetzgebung gestärkt werden sollte. In Artikel 47 heißt es zu "partizipativen Demokratie": "Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen (...) muss, können die Initiative ergreifen und die Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verfassung umzusetzen."

Bundeskanzlerin Angela Merkel will sich während der deutschen EU-Präsidentschaft wieder für die Ratifizierung der EU-Verfassung einsetzen.

Den Greenpeace-Einkaufsratgeber für gentechnikfreie Lebensmittel und weitere Informationen finden Sie unter www.greenpeace.de, www.einkaufsnetz.org.

Originaltext: Greenpeace e.V.
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=6343>
www.greenpeace.de

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

22.03. 2007

Begünstigt Chlor im Schwimmbad Heuschnupfen?

Kinder, die öfter in Bädern mit chloriertem Wasser schwimmen, haben ein erhöhtes Risiko für Heuschnupfen. Hinweise dafür ergibt eine bayerische Studie. Besonders Klein- und Schulkindern aus Familien mit allergischen Erkrankungen raten die Wissenschaftler daher von allzu häufigen Besuchen ab. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=443108,5033,/medizin/allergien>

07.03.2007

Immer mehr Medikamente gegen Hyperaktivität verschrieben. Weltweite Ausgaben um das Neunfache gestiegen

Der Einsatz von Medikamenten gegen Hyperaktivität bei Kindern steigt weltweit an. Wissenschaftler der University of California haben nachgewiesen, dass sich zwischen 1993 und 2003 die Verschreibungen von Medikamenten gegen Attention Deficit/Hyperactivity Disorder (ADHD), dazu gehört auch Ritalin, fast verdreifacht hat. Die weltweiten Ausgaben für diese Medikamente sind laut der in Health Affairs publizierten Studie um das Neunfache gestiegen. 83 Prozent dieser Ausgaben entfallen auf die Vereinigten Staaten.

<http://www.innovations-report.de/html/berichte/studien/bericht-80379.html>

Anmerkung Scherrmann:

Hier eruebrigt sich eigentlich jeglicher Kommentar.

An dieser Stelle sei aber mal wieder an das Buch von Prof. Doris Rapp erinnert:

Rapp, Doris, Ist das Ihr Kind?, hyperaktiv, ständig krank, antriebslos, launisch, immer muede, aggressiv, Versteckte Allergien aufdecken und behandeln, 1996, Medi-Verlagsgesellschaft, ISBN 3-9803957-1-5,29,80 DM, (Prof. Doris Rapp ist amerikanische Kinderärztin, ihr Buch stand lange auf der Bestsellerliste der New York Times.)

6.02.2007

Brustkrebs-Studien: Ohne Industrie- Gelder fallen Arznei- Tests schlechter aus

Knapp die Hälfte aller Studien zu Brustkrebstherapien werden von Pharma-Unternehmen unterstützt. Das wirkt sich auf die Ergebnisse aus: Studien mit Industrie-Beteiligung beurteilen die Wirkung der Arzneien durchweg positiver als unabhängige Analysen. Das wird oft schon durchs Design vorbestimmt. mehr... <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,468683,00.html>

11.02.2007

Die Grundwasser- Zeitbombe aus dem Arzneischrank

Medikamente haben nicht nur Nebenwirkungen für Menschen, sondern auch für Tiere und Pflanzen. Kläranlagen können viele Wirkstoffe kaum ausfiltern. Doch die Pharmaindustrie interessiert das kaum. Erstaunlich viele Rückstände gelangen ins Grundwasser - und gefährden ganze Spezies. Von Irene Meichsner mehr unter <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,465079,00.html>

05.02.2007

Stammzellen durch Umweltgifte gehemmt

Umweltgifte wie Blei oder Quecksilber können schon in geringen Mengen die Entwicklung und Funktion von Gehirn und Rückenmark beeinträchtigen: Sie stoppen die Aktivität einer Gruppe von Stammzellen des zentralen Nervensystems.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=436918,4954,/medizin/umweltmedizin>

<http://www.wissenschaft.de/wissenschaft/news/274578.html>

—

05.02.2007

Studie: Wohlstandskrankheiten gefährden Wirtschaftswachstum

Montag, 5. Februar 2007

Frankfurt/Main - Wohlstandskrankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Probleme oder Rückenleiden

gefährden zunehmend das weltweite Wirtschaftswachstum. Wenn nicht mehr in die Vorbeugung investiert werde, gingen bis 2015 schätzungsweise drei Prozent der globalen Wirtschaftsleistung durch die Folgen von Wohlstandskrankheiten verloren, erklärte der Leiter des Geschäftsbereichs Gesundheit der Wirtschaftsberatung PricewaterhouseCoopers (PWC), Harald Schmidt, am Montag in Frankfurt am Main. Beim Kampf gegen die chronischen Leiden seien auch die Unternehmen gefordert. Neben Rauchen und Stress führten Bewegungsmangel und ungesunde Ernährung zu den Erkrankungen.

Chronisch kranke Mitarbeiter verursachten Ausfallkosten von schätzungsweise zwei Prozent der gesamten Personalausgaben, heißt es in der Studie. Unternehmen erhielten für jeden Dollar oder Euro, den sie für Präventionsmaßnahmen ausgeben, drei zurück, erläuterte Schmidt. Derzeit investiere zwar gut die Hälfte der von PWC befragten Konzerne in betriebliche Präventionsprogramme, ergab eine Umfrage der Unternehmensberatung bei 30 multinationalen Konzernen. Die Quote sei jedoch erstaunlich niedrig, „angesichts der hohen Rendite, die Gesundheitsinvestitionen bringen“. Engagierte Unternehmen gälten zudem als attraktiver Arbeitgeber, stellte PWC fest. Dies treffe umso mehr zu, je weniger das staatliche Gesundheitssystem leiste.
... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21169>

Anmerkung Scherrmann:

Nach Statistiken zu chron. Krankheiten sind die 3 Prozent eher zu niedrig angesetzt. Wann wohl wird eine grundsätzlich schadstoffarme Umgebung am Arbeitsplatz als wesentliche Präventionsmassnahme beschrieben und eingefordert?

3.02.2007

Giftgas in Importwaren "Jedes Mal geht ein bisschen mehr Hirn kaputt"

Viele Importcontainer werden zum Schutz vor Schädlingen mit Giftgas behandelt. Die Gifte gefährden nicht nur Hafentarbeiter, sondern auch die Verbraucher: Viele Waren reichern sich mit den oft krebserregenden Giftstoffen an und geben diese über längere Zeit frei.

Ein hoher Anteil von Importcontainern wird zum Schutz vor Schädlingen mit giftigen Gasen behandelt. Die Gasrückstände in den Containern gefährden Hafentarbeiter und alle, die mit Containern zu tun haben. Auch Verbraucher können den Gasresten ausgesetzt sein, wenn sie zu Hause Waren aus begasten Containern auspacken. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,464104,00.html>

1.02.2007

Gynäkomastie durch Lavendel und Teebaumöl in Pflegemittel

Denver/Colorado - Pädiatrische Endokrinologen machen auf eine mögliche Nebenwirkung von Hautpflegemitteln aufmerksam, die mit natürlichen Duft- und „Heil“-Stoffen versetzt sind. Im New England Journal of Medicine (NEJM 2007; 356: 479-485) [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21127>

Abstract der Studie: <http://content.nejm.org/cgi/content/short/356/5/479>

Wissenschaftler warnen vor Verdoppelung der Parkinsonfälle bis 2030

Rochester – Die weltweite Anzahl von Parkinsonkranken wird sich nach Ansicht von Wissenschaftlern der University of Rochester in den kommenden 25 Jahren verdoppeln. Das Fachblatt „Neurology“ veröffentlicht die Prognosen der Wissenschaftler (2007; [mehr]

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=21130>

Abstract:

Anmerkung Scherrmann:

In den letzten Wochen war fuer mich ganz besonders auffaellig, dass international zwar viele Studien ueber Zusammenhaenge zwischen Schadstoffen und best. Krankheiten veroeffentlicht wurden, diese aber selten in den deutschsprachigen mediz. Fachzeitschriften erwaeht werden. Die Selektion durch den Blickwinkel der Mainstreammedizin ist meines Erachtens ein wesentlicher Vorgang, den Erkenntnisstand - mehr oder weniger bewusst - zu steuern.

=====

KRANKHEIT

14.03.07

Allergien und kein Ende - Weltweite Studie findet weiterhin deutliche Zunahme

Baierbrunn (ots) - Allergien sind in Deutschland die häufigste chronische Erkrankung bei Kindern - und sie nehmen weiter zu: Die jüngste Auswertung der Daten von über 700000 Kindern aus 56 Ländern ergab für Deutschland, dass 13 Prozent der Sechs- bis Siebenjährigen Asthma haben - drei Prozent mehr als fünf Jahre zuvor -, berichtet das Apothekenmagazin "Baby und Familie". Sieben Prozent der Schulanfänger leiden unter Heuschnupfen, acht Prozent an Neurodermitis. "Wir können von einer Epidemie des 21. Jahrhunderts sprechen", sagt Professor Ulrich Wahn, Sprecher des Allergiezentrum der Berliner Universitätsklinik Charité. Was den enormen Anstieg verursacht, ist laut Wahn nicht abschließend beantwortet. Eventuell, so vermuten viele Forscher, ist das Immunsystem in unserer top-hygienischen Welt unterbeschäftigt und beginnt, Unfug zu treiben - wie ein gelangweiltes Kind. Umweltschadstoffe, die sich zuhauf anbieten, kommen der über die Stränge schlagenden Körperabwehr dabei wohl gerade recht.

Das Apothekenmagazin "Baby und Familie" 3/2007 liegt in den meisten Apotheken aus und wird ohne Zuzahlung an zur Gesundheitsberatung Kunden abgegeben. Mehr Presstexte auch online: www.GesundheitPro.de > Button Presse-Service (Fußleiste)
Originaltext: Wort und Bild - Baby und Familie
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=54201>

Ausnahmsweise ein Abstract in englischer Sprache von deutschen AutorInnen, damit Sie um diese Veröffentlichung wissen, die - im Gegensatz zur weiter unten stehenden - wahrscheinlich rasche und weite Verbreitung finden wird.

10.02. 2007

Assessment of environmental worry in health-related settings: Reevaluation and modification of an environmental worry scale.

Rethage T, Eis D, Gieler U, Nowak D, Wiesmuller GA, Lacour M, Hodapp V, Stilianakis N, Eikmann TF, W Herr CE.

Outpatient Department for Environmental Medicine, Institute of Hygiene and Environmental Medicine, University of Giessen, Germany.

Int J Hyg Environ Health. 2007 Feb 10

The aim of this article was to re-evaluate and possibly modify the standardized Environmental Worry Scale (EWS) by Hodapp et al. [1996]. Evaluation eines Fragebogens zur Erfassung von Umweltbesorgnis. Z. Gesundheitspsychologie IV(1), 22-36] with regard to its content and structure. In order to do this, 161 participants were chosen as a reference group to take part in a survey. The data were analyzed and a factor analysis yielded two instead of one component of worry, namely "personal" and "general" environmental worry, leading to a new evaluation method. This revised evaluation method was then applied to patients (n=227) with or without self-reported multiple chemical sensitivity (MCS) and thus used in the context of reported health complaints. The outlined results indicate that the assessment of worry as proposed by Hodapp et al. [1996. Evaluation eines Fragebogens zur Erfassung von Umweltbesorgnis. Z. Gesundheitspsychologie IV(1), 22-36] should be elaborated by the newly developed evaluation method with which a ratio determined by "personal" and "general" worry can be calculated. In addition to analyzing the absolute quantity of worry, the calculated ratio allows to draw conclusions on the structure of worry. It will be discussed to what extent the results present new insights into the role of worry among patients suffering from environmental diseases.

<http://www.ncbi.nlm.nih.gov/entrez/query.fcgi?>

Anmerkung Scherrmann:

Auch wenn es Ausnahmen gibt, spaetestens jetzt sollte es eigentlich allen Kranken mit CI, SIK, MCS klar sein, dass es gefaehrlich sein kann, sich an Umweltambulanzen zu wenden und/oder einem Arzt zu erzaehlen, man/frau habe eine Schadstoffinduzierte Krankheit.

Insbesondere der Begriff MCS ist hier in Deutschland verbrannte Erde.

Oder anders ausgedrueckt: Allgemeine Lehrmeinung in Deutschland ist, dass die Menschen nicht wegen Chemikalien sondern wegen ihrer Besorgnis ueber Chemikalien erkrankt sind, also an Hypochondrie, somatoformem Angstsyndrom etc. etc. leiden.

Die Besorgnis, dass die Menschen in dieser Republik vermehrt erkennen, was sie tatsaechlich krank macht, ist wohl so gross, dass mit allen Mitteln daran gearbeitet wird, diese Erkenntnis zu verhindern. Gleueklicherweise gibt es auch Ausnahme wie folgende Studie. Doch interessanterweise habe ich im Internet keinerlei Quellen-, Referenzliste finden koennen, die die folgende Studie zitiert.

Psychiat Prax 2004: **Prävalenz psychischer Erkrankungen in der Umweltmedizinischen Ambulanz einer Klinik der Maximalversorgung**

Prevalence of Mental Disorders in the Out-Patient Clinic for Environmental Diseases (Umweltmedizinische Ambulanz) in Augsburg Central Hospital

Lydia Teufel-Maier¹, Monika Schulze², Max Schmauß¹, Thomas Messer¹

¹ Bezirkskrankenhaus Augsburg

² Institut für Laboratoriumsmedizin, Mikrobiologie und Umwelthygiene, Zentralklinikum Augsburg

Zusammenfassung

Einleitung: Die Umweltambulanz des Zentralklinikums Augsburg wurde im Juli 1999 neu konzipiert.

Methodik: Bis April 2003 wurden 441 Patienten mit umweltbezogenen Gesundheitsstörungen untersucht. Retrospektiv wurden der prozentuale Anteil und die Art der psychischen Störungen sowie die Akzeptanz der psychiatrischen Therapieempfehlung analysiert. Ergebnisse: Eine psychiatrische Diagnose wurde 5 % der Patienten zugeordnet, davon am häufigsten eine somatoforme Störung. Die Therapieempfehlung nahm die Hälfte der Patienten nicht an. Diskussion: Im Vergleich zu anderen Studien ist die niedrige Prävalenz psychischer Erkrankungen kritisch zu diskutieren.

<http://www.thieme-connect.com/ejournals/abstract/psychiat-praxis/doi/10.1055/s-2004-828422;jsessionid=D162E9F81E55E430C46335AC0C051359.jvm2#A8-1>

Anmerkung Scherrmann:

Ich hoffe, ich kann Ihnen den Full Text via email - nach Anfrage - in einigen Tagen (zu privaten Zwecken) zumailen.

=====

RECHT - VERORDNUNGEN

Vom Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften:

08.03.2007

Gesetzliche Unfallversicherung: Neue Grenzwerte für Lärm und Vibrationen am Arbeitsplatz Berufsgenossenschaften und Unfallkassen unterstützen Betriebe bei der Umsetzung der neuen Verordnung

Für Lärm und Vibrationen gelten zukünftig neue Grenzwerte am Arbeitsplatz. Darauf weisen die Spitzenverbände der gesetzlichen Unfallversicherung vor dem Hintergrund der neuen Verordnung zu Lärm und Vibrationen hin. Diese war als Umsetzung zweier EG-Richtlinien am 28. Februar 2007 vom Bundeskabinett verabschiedet worden. Sie tritt mit Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt im März in Kraft. Ziel der Verordnung ist, die Beschäftigten bei der Arbeit besser vor Gefährdungen ihrer Gesundheit und Sicherheit durch Lärm oder Vibrationen zu schützen. Als Arbeitsschutzinstitutionen beraten die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung die Betriebe dabei, die neue Verordnung umzusetzen.

Bei Lärm sinken gegenüber der alten Unfallverhütungsvorschrift "Lärm" die Auslösewerte für Präventionsmaßnahmen um 5 Dezibel (A). Lärmbereiche zum Beispiel sind damit schon ab einer durchschnittlichen täglichen Lärmbelastung von 85 Dezibel (A) zu kennzeichnen. Für Bereiche, in

denen der Lärm 85 Dezibel (A) übersteigt, muss der Arbeitgeber ein Programm mit technischen und organisatorischen Maßnahmen ausarbeiten und durchführen, um die Lärmexposition zu verringern. Eine technische Maßnahme ist zum Beispiel die Kapselung lauter Maschinen und eine organisatorische Maßnahme die räumliche oder zeitliche Trennung lauter und leiser Arbeitsbereiche. Als letzte Maßnahme sind persönliche Schutzausrüstungen, wie zum Beispiel Gehörschutz, vorzusehen.

Bei Vibrationen beschreibt die Verordnung Maßnahmen zur Prävention. Diese muss der Arbeitgeber ergreifen, wenn die Vibrationen festgelegte Auslösewerte beziehungsweise Expositionsgrenzwerte erreichen oder überschreiten. Die Unfallversicherungsträger gehen davon aus, dass 4 bis 5 Millionen Beschäftigte gehörgefährdendem Lärm bei der Arbeit ausgesetzt sind. Bei Hand-Arm-Vibrationen sind Schätzungen zufolge 1,5 bis 2 Millionen Beschäftigten betroffen, bei Ganzkörper-Vibrationen 600.000.

Seit den 1970er Jahren ist Lärmprävention am Arbeitsplatz ein Schwerpunkt des betrieblichen Arbeitsschutzes. Trotz erheblicher Erfolge ist berufliche Lärmschwerhörigkeit immer noch eine der häufigsten Berufskrankheiten in Deutschland. So erkennen die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung jährlich in knapp 6.000 Fällen eine Lärmschwerhörigkeit als Berufskrankheit an. Vibrationen können zu Muskel- und Skeletterkrankungen (Wirbelsäule, Hand-Armgelenke) und Durchblutungsstörungen der Hände führen. Bei arbeitsbedingten, langjährig hohen Vibrationsbelastungen können entsprechende Berufskrankheiten entstehen.

Diese und weitere Hinweise finden Sie in den Fragen und Antworten unter <http://www.hvbg.de/code.php?link=2532832>.
Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (www.lsv.de)

Von UMWELTDIGITAL:

Bio- und Gentechnik
98/8/EG – **RL über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten**
Stand: 20. Dezember 2006 www.UMWELTdigital.de/183043
mehr unter www.UMWELTdigital.de
Der Zugriff ist nicht kostenfrei

=====

STATISTIK

Vom HvgB 07.03.2007

Berufsgenossenschaften: Unfallzahlen nehmen erstmals seit 14 Jahren wieder zu - Vorläufige Zahlen für 2006. Anstieg bei tödlichen Arbeitsunfällen und Todesfällen in Folge einer Berufskrankheit

Zum ersten Mal seit 1992 hat die Zahl der Arbeitsunfälle in der gewerblichen Wirtschaft wieder zugenommen. Das zeigen vorläufige Zahlen zu den Arbeits- und Wegeunfällen 2006, die der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften ermittelt hat. Danach lag die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle im vergangenen Jahr bei 844.090 und damit um 5,3 Prozent höher als 2005. Die Zahl der meldepflichtigen Wegeunfälle nahm ebenfalls zu. Sie lag 2006 bei 158.740, was einem Anstieg von 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

"Damit bestätigt sich unsere Vermutung aus dem vergangenen Jahr, dass der Beschäftigungszuwachs sich auch im Unfallgeschehen niederschlagen wird", erklärte Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Zunahme der absoluten Zahlen bedeute jedoch nicht unbedingt, dass auch das Risiko gestiegen sei, Opfer eines Arbeitsunfalls zu werden. "Wie sicher und gesund die Arbeit im vergangenen Jahr war, können wir erst im Sommer sagen." Dann sollen die endgültigen Ergebnisse für 2006 vorliegen. Der Verbandschef verwies zudem darauf, dass die Unfallzahlen in den 14 Jahren zuvor kontinuierlich zurückgegangen waren. Für die anstehende Reform des Systems forderte Breuer daher von der Politik, den Handlungsspielraum der Selbstverwaltung in der Prävention nicht einzuschränken: "Arbeitgeber und Versicherte wissen selbst am besten, wie Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten zu

verhüten sind."

Abermals gesunken ist die Zahl der schweren Arbeitsunfälle, die zu dauernden gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. So wurde in 16.842 Fällen eine neue Arbeitsunfallrente gewährt (- 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Leicht zugenommen hat dagegen die Zahl der Wegeunfallrenten. Sie belief sich auf 6.137 (+ 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Unglücksfälle wie der Transrapid-Unfall im Emsland beeinflussten die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle. Diese stieg um 9,7 Prozent auf 646 und lag damit ungefähr auf dem Wert von 2004. Die Zahl der tödlichen Wegeunfälle ging dagegen im gleichen Zeitraum um 5,5 Prozent auf 468 zurück.

Berufskrankheiten: Todesfälle durch Asbest nehmen weiter zu

Weiterhin dramatisch ist die Situation bei den Todesfällen in Folge einer Berufskrankheit. Ihre Zahl stieg im Jahr 2006 um 107 auf 2.591. Der weitaus größte Anstieg entfällt dabei auf den Metall-Bereich. "Wir sehen hier das traurige Erbe der jahrzehntelangen Asbestnutzung", so Breuer. Auch die Zahl der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit hat 2006 zum ersten Mal seit Jahren leicht zugenommen. Sie stieg um 1,4 Prozent auf 54.302. Die Zahl der entschiedenen Fälle belief sich auf 58.209 und lag damit 3,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. In insgesamt 22.118 Fällen bestätigte sich der BK-Verdacht, was einem Anteil von 38 Prozent an den entschiedenen Fällen entspricht (2005: 39,4 Prozent).

In 13.720 Fällen wurde eine Berufskrankheit anerkannt ? ein Rückgang von 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In weiteren 8.398 Fällen wurde zwar festgestellt, dass die Erkrankung berufliche Ursachen hat; eine Berufskrankheit im juristischen Sinne konnte jedoch nicht anerkannt werden, weil besondere versicherungsrechtliche Bedingungen nicht erfüllt waren. Die Betroffenen erhalten jedoch auch in diesen Fällen Leistungen zur Rehabilitation aus der Unfallversicherung. Die Zahl der anerkannten Fälle, in denen erstmals eine BK-Rente gezahlt wurde, sank um 13,4 Prozent auf 4.507.

Hier finden Sie Tabellen zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten:

<http://www.hvbg.de/d/pages/presse/preme/pdf/unfallzahlen.pdf>

=====

TERMINE - VERANSTALTUNGEN

Verband Baubiologie laedt im sechsten Jahr zu einem **Mobilfunksymposium** nach Mainz ein. In schon traditioneller Weise findet es am 14. April 2007 im Erbacher Hof in der Mainzer Altstadt statt. Mehr ueber mobilfunksymposium@bund-rlp.de und/oder www.bund-rlp.de

Umwelt schützen – Gesundheit fördern, Jubiläumstagung 20 Jahre Ökologischer Ärztebund

28.4.2007 in Bremen

Mehr unter www.oekologischer-aerztebund.de

International Conference on Children's Health and the Environment vom 10.-12.6.2007 in Wien.

Mehr unter <http://www.inchesnetwork.net>

22./23. Juni 2007, **15 Jahre IGUMED** in Fulda-Loheland, Wiesenhaustagungsstätte Künzell, Vorträge sind offen auch für Nichtmitglieder

06.10.2007 – **7. umweltmedizinische Jahrestagung**, Berlin, Auferstehungskirche, Pufendorfstr., gemeinsame Tagung der umweltmedizinischen Verbände(dbu, DGUHT, ÖÄB, IGUMED und dem BUND

VEROEFFENTLICHUNGEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 20. Jahrgang, Ausgabe 1/2007,

Inhalt u.a.:

Schwerpunkt: Chronische Entzündungen

Volker von Baehr, **Pathomechanismen chronischer Entzündungen und ihre Widerspiegelung in Labormarkern**

Wolfgang Huber, **Entzündungssyndrom - Differentialdiagnostik chronischer Entzündungsprozesse und therapeutische Erfahrungen**

Thilo M. Messerschmidt, **Oxidativer Stress ist ein gemeinsamer Nenner systemischer Erkrankungen - Folgen für den Schwefelstoffwechsel**

Schwerpunkt Passivrauchen

Tobias Raupach, **Feinstaubbelastung**

Peter Germann, **Einfluss der Mobilfunkbelastung: Retikulocytenreifung und funktionelle Beschwerden**

Rosalie Bertell, **Abgereichertes Uran und seine schädlichen Wirkungen auf Soldaten und Zivilbevölkerung**

Harals F. Krug und Torsten Fleischer, **Nanotechnologie - eine Bestandsaufnahme**

Tagungsberichte

Environment and Sustainable Health: An International Assessment

Zukünftige Kinderumwelt. Soziale, physikalische und chemische Bedrohung

Krebs und Strahlung - Schützen wir (uns) richtig?

Rechtsprechung und Rechtsentwicklung

Editorial: Ruediger von Baehr, **Die Entzündung – eine Kardinalreaktion biologischer Systeme**

Magazin Neue Ergebnisse zu regionalen Klimaänderungen in Deutschland. Erste Ergebnisse der Tonerstudie. Ärztefortbildung von Mobilfunkindustrie finanziert?

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S, Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen

Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52

E-Mail: info@umg-verlag.de

Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

POLITIK - BEHOERDEN

BUNDESTAG

26.03.2007

Bundesregierung soll bei Nanotechnologie auch Verbraucherschützer fragen

Bildung und Forschung/Antrag

Berlin: (hib/SKE) Die Bundesregierung soll den bereits für September 2005 angeforderten Bericht über Chancen und Risiken der Nanotechnologie vorlegen. In einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([16/4757](#)) heißt es, der Bericht solle zeigen, welche Gesetzesänderungen notwendig seien, um Gesundheit der Menschen und die Umwelt vor Verletzungen durch nanotechnologische Produkte oder Anwendungen zu schützen. Außerdem wollen die Grünen die Bundesregierung auffordern, Forschungsmittel für Nanotechnologie unter anderem in den Bereichen Umwelt und Klimaschutztechnologien im Haushalt 2008 zu verstärken. Das Bundeslandwirtschaftsministerium solle außerdem auch die Meinung von Verbraucherschützern berücksichtigen, wenn es eine Aktualisierung des Lebensmittelrechts im Hinblick auf nanotechnologische Veränderungen vornimmt.

21.03.2007 Im Bundestag notiert: **Stand der umweltmedizinischen Versorgung**

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/MPI) Für den Stand der umweltmedizinischen Versorgung interessiert sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. In einer Kleinen Anfrage (16/4657) verlangen die Abgeordneten von der Bundesregierung Auskunft sowohl über Definition und Krankheitsbilder von Umwelterkrankungen als auch über die Zahl der behandlungsbedürftigen Erkrankten und die Zahl der umweltmedizinisch qualifizierten Ärzte. Außerdem wollen die Parlamentarier wissen, welche Maßnahmen die Regierung für erforderlich hält, um die umweltmedizinische Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

09. März 2007

Frangialli: Flugverkehr in den Emissionshandel einbeziehen

Ausschuss für Tourismus

Berlin: (hib/VOM) Der Generalsekretär der in Madrid ansässigen Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO), Francesco Frangialli, befürwortet eine Einbeziehung des vom Flugverkehr verursachten Schadstoffausstoßes in den Emissionshandel. Im Tourismusausschuss sagte Frangialli am Freitagmorgen, dies würde sich voraussichtlich nur wenig auf den Ticketpreis auswirken. Gleichzeitig könnte eine solche Initiative aber dazu führen, dass künftig schadstoffärmere Flugzeuge gebaut werden. Auf die Frage, ob er sich dieses Vorgehen weltweit oder auf die EU bezogen vorstellt, sagte Frangialli, dass Flugzeuge aus Nicht-EU-Ländern, die in der EU landen oder die EU überfliegen, in den bestehenden Emissionshandel in der EU einbezogen werden sollten. Im vergangenen Jahr hat es nach Angaben des Generalsekretärs weltweit rund 842 Millionen internationale Ankünfte gegeben, wobei Personen mindestens eine Nacht in einem anderen Land verbracht haben. Auf die letzten drei Jahre bezogen bedeute dies einen Anstieg um 150 Millionen Ankünfte, was einem Zuwachs von 20 Prozent entspreche, sagte der Generalsekretär. Für dieses Jahr werde ein Wachstum bei den Ankünften von vier Prozent erwartet. Die UNWTO erwarte für das Jahr 2010 1,1 Milliarden internationale Ankünfte und für 2020 1,6 Milliarden. Dies stelle gegenüber heute eine Verdoppelung dar. Frangialli warb im Ausschuss für das Vorhaben der UNWTO, dass so genannte Satellitenkonten eingerichtet werden, um die Wirkungen des Tourismus besser messen zu können. Da Touristen ihr Geld in vielen verschiedenen Bereichen ausgaben, sei es schwer, die Geldströme konkret nachzuvollziehen. Derzeit würden auf Initiative der UNWTO solche Konten in 60 Ländern eingerichtet, unter Mithilfe der EU-Statistikbehörde Eurostat sowie anderer Organisationen. Es gehe aber nicht nur darum, die Auswirkungen des Tourismus zu messen, sondern auch seine Bedeutung bewusst zu machen. "Ich ermutige Deutschland, auch diese Satellitenkonten einzurichten", sagte Frangialli. Auf Fragen zur entwicklungspolitischen Dimension des Tourismus betonte der Generalsekretär, Afrika sei im weltweiten Tourismus im vergangenen Jahr am schnellsten gewachsen, allerdings von einem niedrigen Niveau aus. Nur 3,5 Prozent der weltweiten internationalen Ankünfte seien auf Afrika entfallen. Der Tourismus könne in Entwicklungsländern dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen, wenn andere Erwerbszweige wie etwa die Landwirtschaft wegfielen. Geld, das in diese Länder fließt, sollte nach den Worten Frangiallis möglichst auch dort verbleiben und nicht in die Industrieländer zurückfließen. Er sprach sich dafür aus, dass der Tourismus in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation über die Liberalisierung einen höheren Stellenwert erhält.

07.03.07

Bundesregierung: **Keine Gesundheitsschäden durch Laserdrucker**

Umwelt/Antwort

Berlin: (hib/SUK) Beim Einsatz von Laserdruckern können sowohl Ozon und flüchtige organische Verbindungen als auch Staubinhaltsstoffe und Stäube mit unterschiedlichen Partikelgrößen freigesetzt werden. Gesundheitliche Gefährdungen durch den Umgang mit Laserdruckern oder Kopiergeräten sind allerdings "sehr unwahrscheinlich". Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/4016) auf eine Kleine Anfrage der Grünen (16/3919) hervor.

Darin heißt es weiter, der erste konkrete Schadensfall durch Toner sei der Vergiftungsfall des Bundesinstituts für Risikobewertung im Oktober 2000 mitgeteilt worden. Bis zum 15. Dezember 2006 seien insgesamt 99 Fälle gemeldet worden. Bei 33 dieser Fälle sei ein möglicher Zusammenhang und

bei acht Fällen ein "wahrscheinlicher Zusammenhang" mit der Exposition gegenüber Tonern festgestellt worden. Unter den 99 befindet sich allerdings kein Fall einer schwerwiegenden Gesundheitsstörung.

Nach Angaben der Bundesregierung gibt es bislang keine wissenschaftlichen Berichte über die Wirkung von Tonerstäuben nach Langzeitexposition bei Menschen. Auch über allergische und pseudoallergische Wirkungen von Tonerstaubexpositionen gebe es nur einige Fallbeschreibungen. Sie könnten "als Hinweis" dafür gewertet werden, "dass es Menschen gibt, die empfindlich auf Laderdruckeremissionen reagieren können". Studien bezüglich der Auswirkungen auf Kinder, Kranke oder Schwangere sind der Bundesregierung nach eigener Aussage nicht bekannt.

Von 2005 bis 2006 sei ein Forschungsprojekt durchgeführt worden, das Emissionen unter realen Bedingungen in Büros gemessen habe, in denen "Personen mit Beschwerden, welche von ihnen auf Tonerexposition zurückgeführt werden", arbeiten. Die Messergebnisse dieses Projekts würden derzeit ausgewertet, ein Bericht sei für Anfang 2007 geplant.

Anmerkung Scherrmann:

Ich habe diese Pressemitteilung hier aufgenommen, weil sie typisch ist fuer die Argumentation.

Es gibt zu wenig Studien und Erkenntnisse, und trotzdem wird behauptet: "Keine Gesundheitsschäden durch Laserdrucker"

es gilt wie ueblich: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Es sind immer die gleichen logischen Fehler: Wie kann man denn behaupten, dass etwas nicht wirksam ist,

- wenn nur wenige Faelle ueberhaupt weitergeleitet werden

- kein Interesse an einer Aufklaerung besteht

- die Wirksamkeit mit "schwerwiegenden Gesundheitsstörungen" gleichgesetzt wird?

Gesetz zur Regelung von Umweltschäden gebilligt

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berlin: (hib/AS) Bei der Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden sollen künftig einheitliche Standards gelten. Auch die Haftung in Umweltfragen soll damit weiter verbessert werden. Der Umweltausschuss billigte am Mittwoch mit den Stimmen der Koalition und von Bündnis 90/Die Grünen einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (16/3806). Die FDP und die Linke enthielten sich. Das Gesetz ist erforderlich, um eine vom Europaparlament (2004/35/EG) und vom Rat beschlossene Umwelthaftungsrichtlinie auch auf Bundesebene umsetzen zu können. Mit der Richtlinie soll dazu beigetragen werden, in ganz Europa ein "hohes Umweltschutzniveau" sicherzustellen. Hierbei gilt künftig das Prinzip, dass der Verursacher eines Umweltschadens auch dafür verantwortlich sein soll.

Mit dem Umweltschadengesetz wird ein Rahmen für alle von der Umwelthaftungsrichtlinie aufgeführten Umweltschäden geschaffen. Damit wird die Haftung für Schäden "von Arten und natürlichen Lebensräumen, der Gewässer sowie des Bodens" neu geregelt. In dem Gesetz werden dafür wesentliche Begriffe in diesem Bereich neu definiert. Es enthält zudem eine Liste mit beruflichen Tätigkeiten, durch die Umweltschäden verursacht werden können, wie zum Beispiel der Betrieb von Chemiefabriken, die Beförderung gefährlicher Güter oder auch der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen. Wer einen Umweltschaden verursacht, muss darüber informieren, entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen und die Umweltgüter gegebenenfalls auch wieder sanieren. Neu ist, dass in Zukunft auch Umweltverbände das Recht erhalten sollen, Sanierungsmaßnahmen vor Gericht durchzusetzen. Bisher konnten nur Privatpersonen klagen.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßte das Gesetz. "Es ist unzweifelhaft so, dass über die bestehenden Standards hinausgegangen wird", sagte ihr Vertreter. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass vermieden werden müsse, dass es zu ungleichem Wettbewerb komme. Auf die Bedeutung einer einheitlichen Interpretation des Gesetzes verwies der Vertreter der SPD. In diesem Zusammenhang wurde die Bundesregierung aufgefordert, darüber zu berichten, wie die Europäische Richtlinie in anderen Ländern ausgelegt werde. Als positiv wurde von Seiten der SPD hervorgehoben, dass mit dem Gesetz, Schäden an "Allgemeingütern" wie Boden, Wasser und Luft stärker "in den Focus" gerückt würden.

Auch die FDP-Fraktion bezeichnete es als vernünftig, einheitliche Regelungen zu finden, um den

Wettbewerb mit anderen Ländern positiv zu gestalten, kritisierte jedoch, dass die Richtlinie in jedem Land anders ausgelegt werde. Auch die Linke begrüßte, dass "das Gesetz eine wichtige Lücke schließt" - es enthielte jedoch im Detail einige "Pferdefüße" wie zum Beispiel bei der Prüfung von Pflanzenschutzmitteln. Mit dem Vergleich "Das Glas ist ein bisschen mehr als halbvoll" bewerteten auch Bündnis 90/Die Grünen das Gesetz insgesamt positiv. Auch sie kritisierten jedoch bestimmte Ausnahmeregelungen - ebenfalls bei Fragen der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.

*

Anmerkung Scherrmann:

Da bin ich schon sehr neugierig, wie dieses Gesetz dann tatsächlich gehandhabt wird.
Zu den oben erwähnten "Arten" gehört der Mensch wohl nicht.

30.01.2007

Im Bundestag notiert: **Verschmutzung von Trinkwasser durch Tenside in Klärschlamm**

Gesundheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/NCB) Nach der Verschmutzung von Trinkwasser durch Tenside in Klärschlamm erkundigt sich die Linksfraktion. In ihrer Kleinen Anfrage (16/4130) möchte die Linke wissen, ob es richtig sei, dass jährlich 46.000 Tonnen von so genannten Perflourtensiden über Düngemittel in Gewässer gelangen. Ferner möchten die Abgeordneten wissen, inwiefern es sich um ein regionales Problem des Rheinlands handle, wie hoch das Risiko für die Anwohner sei und welche Schritte gegen die Verschmutzung die Regierung zu unternehmen gedenke. www.budnestag.de

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

Keine relevante Pressemitteilung seit Erscheinen des letzten newsletter

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

26.03.2007

Flammschutzmittel DecaBDE hat in Elektro- und Elektronikgeräten nichts zu suchen. Umweltbundesamt (UBA) für ein europäisches Verwendungsverbot

Die Europäische Union wollte ursprünglich ab Juli 2006 die Verwendung des Flammschutzmittels Decabromdiphenylether (DecaBDE) in Elektro- und Elektronikgeräten – wie Computer oder Fernseher – verbieten. Zu Recht, meint das UBA. Denn DecaBDE ist schwer abbaubar und reichert sich in Lebewesen an. Rückstände fanden sich bereits in menschlicher Muttermilch sowie in zahlreichen Tierarten. Doch aus dem geplanten Verwendungsverbot wurde nichts: Die Europäische Kommission hob die Regelung gegen den Willen des Europäischen Parlaments im Herbst 2005 auf – also noch bevor sie überhaupt in Kraft treten konnte. Seit Januar 2006 klagen das EU-Parlament und Dänemark gegen diese Entscheidung vor dem Europäischen Gerichtshof. Auch das UBA befürwortet ein Verwendungsverbot und empfiehlt seit vielen Jahren, auf DecaBDE zu verzichten, da es – ohne Sicherheitsverlust – weniger schädliche Alternativen gibt, etwa bestimmte halogenfreie Organophosphorverbindungen oder Magnesiumhydroxid.

Decabromdiphenylether ist – nach Tetrabrombisphenol A (TBBPA) – mit 56.000 Tonnen im Jahr das bromierte Flammschutzmittel mit der weltweit zweithöchsten Produktionsmenge. Rund 80 Prozent davon kommen in Kunststoffen für Elektro- und Elektronikgeräte zum Einsatz. Bereits seit 1994 unterliegt DecaBDE im Rahmen der EU-Altstoffverordnung einer Risikobewertung, die die Umwelt- und Gesundheitsrisiken feststellen soll – dem so genannten Risk Assessment. Demnach liegt für die meisten Umweltmedien – wie Wasser und Luft – kein akutes Risiko vor. Bei der Belastung von Böden und Sedimenten besteht hingegen noch Forschungsbedarf. Ebenfalls ließ sich kein akutes Gesundheitsrisiko durch freigesetztes DecaBDE aus Fernsehern oder Bürogeräten identifizieren. Es zeigten sich jedoch eine Reihe problematischer Eigenschaften, die es aus Sicht des UBA trotzdem erforderlich machen, auf DecaBDE zu verzichten. Hierzu gehört seine sehr hohe Persistenz – das Flammschutzmittel ist also schwer abbaubar – und sein Potenzial, sich in der Umwelt anzureichern.

Weit verbreitete Funde in der Umwelt belegen dies: Rückstände des Flammschutzmittels fanden sich bereits in zahlreichen Lebewesen, beispielsweise in Greifvögeln und deren Eiern, in Eisbären, Seerobben, Füchsen und in menschlicher Muttermilch. Bisher ist nicht hinreichend geklärt, auf welchen Wegen DecaBDE dort hingelange. Das UBA ist der Auffassung, dass Stoffe, die in der Umwelt langlebig sind oder ein hohes Anreicherungspotenzial in Organismen aufweisen, generell nicht in die Umwelt gelangen sollten.

In der Risikobewertung sind darüber hinaus noch Fragen hinsichtlich der Umwelt- und Gesundheitswirkungen von DecaBDE offen: In einem Experiment an Mäusen ließen sich neurotoxische Wirkungen des Flammschutzmittels feststellen, die eine weitere Studie klären soll. Es gibt weiterhin Hinweise, dass sich DecaBDE in der Umwelt teilweise zu den niedriger bromierten und stärker giftigen Chemikalien Penta- oder Octabromdiphenylether abbaut. Die Vermarktung und die Verwendung dieser Stoffe sind - wegen ihrer schädlichen Wirkungen - bereits seit 2004 in der EU verboten. Für ein Verwendungsverbot des DecaBDE in Elektro- und Elektronikgeräten spricht nach Meinung des UBA darüber hinaus, dass DecaBDE im Brandfall und bei einer unkontrollierten Entsorgung des Elektroschrotts hochgiftige Stoffe – wie Dioxine und Furane – bildet. Im Sinne einer vorsorgenden und nachhaltigen Chemikalienpolitik empfiehlt das UBA, daher auf die Verwendung des DecaBDE zu verzichten.

Die Verwendung des DecaBDE in Elektro- und Elektronikgeräten sollte ab 1. Juli 2006 verboten sein. Dies legte ursprünglich die EU-Richtlinie 2002/95/EG zur „Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten“ (RoHS-Richtlinie) für DecaBDE und andere bromierte Flammschutzmittel fest. Die Europäische Kommission kann jedoch Ausnahmen dieser Verwendungsverbote zulassen, falls der Einsatz eines Ersatzstoffes technisch oder wissenschaftlich nicht möglich ist oder die Ersatzstoffe noch schädlicher sind als der betreffende Stoff. Beides ist bei DecaBDE jedoch nicht der Fall. Daher fehlt der Aufhebung des Verwendungsverbots durch die EU-Kommission – so Dänemark und das EU-Parlament – die rechtliche Grundlage.

Eine Reihe innovativer Unternehmen verzichtet schon seit Jahren auf den Einsatz von DecaBDE, teilweise sogar auf alle bromierten Flammschutzmittel. Stattdessen verwenden sie weniger schädliche Flammschutzmittel – wie bestimmte halogenfreie Organophosphorverbindungen, Magnesiumhydroxid, roten Phosphor, Metallphosphinate oder stickstoffbasierte Flammschutzmittel – oder veränderte Gerätekonstruktionen. In Deutschland verzichten die im Verband der kunststoffherzeugenden Industrie (VKE) organisierten Kunststoffhersteller schon seit 1986 freiwillig auf DecaBDE.

Mehr Informationen zu DecaBDE und anderen Flammschutzmitteln gibt es unter <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/flammschutzmittel/index.htm>
Internet: www.umweltbundesamt.de

19.03.2007

In Zukunft abwägen: Welche Chemikalien schaden mehr als sie nützen? Internationaler Workshop zum EU-Chemikalienrecht REACH diskutiert Instrument der sozioökonomischen Analyse

Am 1. Juni dieses Jahres tritt das neue europäische Chemikalienrecht REACH in Kraft. Zu den wichtigsten Vorschriften in REACH gehört, dass besonders gefährliche Chemikalien europaweit aus dem Verkehr gezogen werden können, entweder durch eine Verbotsmaßnahme oder dadurch, dass sie einem Zulassungsverfahren unterzogen werden. Vor einer solchen weit reichenden Entscheidung soll künftig eine Abwägung der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Folgen eines Chemikalienverbotes stehen. Diese sozioökonomischen Analysen sollen helfen, ausgewogene Entscheidungen über die Zulassung oder das Verbot bedenklicher Stoffe zu treffen. Über Methoden und Erfahrungen diskutierten 125 Fachleute aus ganz Europa auf dem internationalen Workshop „Sozioökonomische Analysen im Rahmen von REACH“, den das Umweltbundesamt (UBA) anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, am 12. und 13. März in Berlin ausrichtete. Fachleute aus Unternehmen, Behörden, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen tauschten Erfahrungen bei der Chemikalienbewertung aus. Schweden beispielsweise regulierte Chemikalien bereits frühzeitig unter der Berücksichtigung auch sozialer Faktoren, während Großbritannien neben Risiken für Mensch und Umwelt allein wirtschaftliche Aspekte zur Bewertung heranzog.

Die Fachleute diskutierten verschiedene spezielle Analysemethoden hinsichtlich deren Eignung für Zulassungsverfahren im Rahmen von REACH. Außerdem berieten sie den Umgang mit Unsicherheiten bei Einschätzungen innerhalb eines Analyseverfahrens, etwa wenn Daten nicht

bekannt sind. Diese Fragen zu beantworten, stellt einen Schritt in Richtung transparenter, einheitlicher Verfahren zur Folgeschätzung bei REACH dar.

Häufig befürchten Unternehmen, dass Regulierungsmaßnahmen für Chemikalien zu Umsatzeinbußen beim Hersteller, zum Wegfall zahlreicher Produkte und deren Verwendungen oder gar zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Aber oft gibt es bereits Alternativen am Markt, oder die Industrie arbeitet an alternativen Stoffen, Produkten und Verfahren, die weitere Innovationen anstoßen können. Zusätzlich sprechen sinkende Gesundheits- und Umweltkosten bisweilen für ein Verbot kritischer Stoffe.

Laut REACH-Verordnung erstellen zukünftig sowohl Unternehmen als auch die zuständigen Behörden sozioökonomische Analysen, um die Zulassungsentscheidung über einen besonders gefährlichen Stoff oder die Beschränkung risikoreicher Chemikalienverwendungen zu begründen. Aber auch Dritten wird die Möglichkeit eröffnet, zu einer sozioökonomischen Analyse beizutragen, um eine einseitige Bewertung zu verhindern. Gegebenfalls kann der Hersteller oder Importeur nachweisen, dass der sozioökonomische Nutzen einer Chemikalie die Risiken für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt überwiegt: So könnte es beispielsweise für Flammenschutzmittel oder Feuerlöschmittel sinnvoll sein, bedenkliche Substanzen zuzulassen, weil in diesem Falle der Verlust von Menschenleben durch Hausbrände gegen langfristige Gesundheitsrisiken durch Flammenschutzmittel abgewogen wird.

Weitere Informationen unter: www.reach-sea-eu-workshop.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

Anmerkung Scherrmann:

Wie schon in meinem Sondernewsletter zu REACH geschrieben, entpuppt sich die Sozioökonomische Analyse als der Knackpunkt des ganzen Regelwerks. Wie das Beispiel aufzeigt werden hier Äpfel mit Birnen verglichen bzw. es zeigt sich auch hier deutlich, dass akute Todesfälle wahrgenommen werden, langanhaltendes Siechtum jedoch ignoriert werden kann.

22.02.2007

Nächtlicher Fluglärm kann krank machen

Studie zeigt: Nachtflugbetrieb stört gesundheitliches Wohlbefinden

Nächtlicher Fluglärm führt dazu, dass die Betroffenen häufiger den Arzt aufsuchen und die Ärzte diesen mehr Medikamente verschreiben. Dies ist das Ergebnis einer epidemiologischen Studie der Epi.Consult GmbH Bremen im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). Im Umfeld eines deutschen Flughafens mit Nachtflugbetrieb analysierte das Unternehmen Daten von mehr als 800.000 Krankenversicherten – das sind mehr als 40 Prozent der Gesamtbevölkerung der betroffenen Region.

Anlass für die Studie waren unter anderem Beobachtungen einer Gruppe von Ärztinnen und Ärzten. In ihren Praxen nahm die Zahl der Patientinnen und Patienten zu, die über psycho-vegetative Störungen - wie Herzbeschwerden, Nervosität, Leistungsminderung - klagten. Die Mediziner vermuteten, dass diese in ihren Praxen gehäuft auftretenden Befunde sowie Fälle des Bluthochdrucks auf den Nachtflugverkehr des Flughafens zurückgehen könnten.

Die epidemiologische Studie zur Untersuchung möglicher Zusammenhänge zwischen Fluglärm und Arzneimittelverschreibungen durch niedergelassene Ärzte im Umfeld eines Flughafens liefert unter anderem folgende wesentliche Ergebnisse:

- Es zeigten sich – im Vergleich mit Patientinnen und Patienten, die keinem nächtlichen Lärm ausgesetzt waren – deutlich erhöhte Verordnungsraten und Verordnungsmengen bestimmter Arzneimittel mit blutdrucksenkender Wirkung, zur Behandlung von Herz- und Kreislauferkrankungen, zur Beruhigung (Tranquillizer) sowie zur Behandlung von Depressionen (Antidepressiva).
- Die Befunde waren bei weiblichen Versicherten ausgeprägter als bei männlichen, zum Teil auch nur bei Frauen vorzufinden (Tranquillizer, Antidepressiva).
- Es zeigte sich eine ausgeprägte Abhängigkeit zwischen der Intensität und der zeitlichen Einwirkung des Fluglärms: Für diejenigen, die von nächtlichem Fluglärm zwischen 3 und 5 Uhr belastet wurden, waren die stärksten Erhöhungen der Verordnungshäufigkeit und des Verordnungsvolumens der verschiedenen Arzneimittelgruppen nachweisbar.

Die Studie legt Zusammenhänge zwischen Fluglärm und den die Herzgefäße betreffenden – so genannten kardiovaskulären – sowie psychischen Erkrankungen nahe, obwohl sie diese nicht kausal belegen kann. Die Ergebnisse stützen auch Untersuchungen aus dem Ausland, die ebenfalls darauf hinweisen, dass Fluglärm Bluthochdruck sowie Herz- und Kreislauf-Erkrankungen hervorrufen kann.

Der Bericht zum Forschungsprojekt „Beeinträchtigung durch Fluglärm: Arzneimittelverbrauch“ ist im Internet unter der Adresse <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3153.pdf> veröffentlicht und steht als Download zur Verfügung.

Internet: www.umweltbundesamt.de

16.2.2007

Perfluorierte Verbindungen: falscher Alarm oder berechtigte Sorge?

Neues Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes

Was hat es auf sich mit PFT? Ist Teflon® PFT? Darf ich meine Gore-tex® Jacke noch tragen? Sind die Rückstände im Trinkwasser und in Nahrungsmitteln – wie in Fischen oder Pommes frites – gefährlich für uns und unsere Kinder? Die Nachweise perfluorierter Verbindungen im menschlichen Blut und in Gewässern, besonders im Trinkwasser, erregen zunehmend Besorgnis in der Bevölkerung – nicht nur im nordrhein-westfälischen Sauerland. Dort wiesen Wissenschaftler der Universität Bonn im Sommer 2006 perfluorierte Verbindungen ausgerechnet in Gewässern nach, die der Trinkwasserversorgung dienen. Mit einem neuen Hintergrundpapier zu perfluorierten Verbindungen will das Umweltbundesamt (UBA) Klarheit in die Diskussion bringen und die aktuellen wissenschaftlichen Hintergründe vermitteln. Das Papier stellt die wichtigsten perfluorierten Verbindungen, ihre Verwendungen und Verbreitungspfade bis in unser Blut sowie die Risiken für Mensch und Umwelt dar.

Bereits 2005 berichtete die Zeitschrift „Ökotest“ über Rückstände perfluorierter Hilfsstoffe in Jacken aus Gore-tex®, in Kinderregenjacken und in Imprägniersprays. In den Vereinigten Staaten fanden Forscher dieselben Chemikalien in Popcorn, und Greenpeace titelte im Dezember 2006 „heiß, fettig und auch noch giftig“, weil ein beauftragtes Labor Perfluoroktansäure (PFOA) in Pommes frites nachgewiesen hatte.

Das Problem aus Sicht des UBA ist die weltweite Verbreitung perfluorierter Verbindungen in Flüssen, in den Weltmeeren, auch im Lebergewebe grönländischer Eisbären, in Robben, Nerzen, Füchsen, Eisvögeln und Fischen aus der kanadischen Arktis. Überraschend und besonders bedenklich sind jedoch die weltweiten Nachweise der Perfluorcarbonsäure PFOA und der Perfluorsulfonsäure PFOS im menschlichen Blut: Der Körper scheidet beide Verbindungen nur langsam wieder aus. Im Tierversuch wirken sie fortpflanzungsgefährdend und fördern das Wachstum von Tumoren.

Aber woher kommen die Chemikalien? Im Sauerland haben Landwirte unwissentlich Chemieabfall entsorgt, indem sie ein Gemisch aus organischen Abfällen zur „Düngung“ ihrer Weihnachtsbaumkulturen einsetzten. Das Abfallgemisch wurde illegal an Landwirte aus ganz Deutschland abgegeben - weitere landwirtschaftlich genutzte Flächen in ganz Deutschland könnten betroffen sein. Quellen perfluorierter Verbindungen sind die Produktionsverfahren und Rückstände in Produkten. Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung in der Umwelt spielen auch Vorläuferverbindungen. Diese können sich bei der Produktion freisetzen oder als Rückstände in Beschichtungen in der Umwelt verbreiten.

Die häufigen Nachweise perfluorierter Verbindungen in der Umwelt, besonders im Trinkwasser, führen berechtigterweise zu verstärkten Sorgen in der Öffentlichkeit. Deshalb hat die Trinkwasserkommission des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) beim Umweltbundesamt erstens einen Maßnahmenwert, zweitens ein Mindestqualitätsziel für die lebenslange gesundheitliche Vorsorge sowie drittens einen Trinkwasserleitwert vorgeschlagen.

Diese Werte wurden bisher nur vereinzelt überschritten. Trotzdem: Eine Entwarnung ist erst dann möglich, falls die Konzentrationen in der Umwelt und im menschlichen Blut nachweislich und dauerhaft zurückgehen. Deshalb sind die perfluorierten Verbindungen weiterhin aufmerksam zu beobachten. Dazu gehört auch, die unbestritten nützlichen Verwendungen auf deren Notwendigkeit zu prüfen.

Das Hintergrundpapier „Perfluorierte Verbindungen: falscher Alarm oder berechtigte Sorge?“ ist unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/perfluorierte-verbindungen.pdf> erhältlich.

Der Vorschlag der Trinkwasserkommission des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) beim Umweltbundesamt ist unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/pft-im->

[trinkwasser.pdf](#) erhältlich.

15.2.2007

Richtig Heizen mit Holz – Baustein zum Klimaschutz

Broschüre mit Tipps für den Umgang mit Holzöfen und -kaminen

Holz ist ein klimaneutraler Brennstoff: Bei seiner Verbrennung entsteht nur soviel Kohlendioxid, wie die Bäume vorher beim Wachstum gebunden haben. Aber: Besonders bei nicht optimaler, unvollständiger Verbrennung und beim Einsatz falscher Brennstoffe – wie lackiertem Holz, Spanplatten und Kunststoffverpackungen – stoßen Holzheizungen große Mengen gefährlicher Luftschadstoffe aus – zum Beispiel Feinstaub oder polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Der Feinstaubausstoß der Millionen kleinen Holzfeuerungsanlagen in Deutschland ist ebenso hoch wie der von Pkw, Lkw und Motorrädern zusammen. Die neue kostenlose Broschüre „Heizen mit Holz – ein Ratgeber zum richtigen und sauberen Heizen“ des Umweltbundesamtes (UBA) gibt Tipps, wie Bürgerinnen und Bürger die Umwelt- und Gesundheitsbelastungen ihrer Holzheizungen verringern und etwas für den Klimaschutz tun können.

Die Broschüre enthält Hinweise zur Auswahl des Holzes, des Ofens oder Heizkessels und erläutert den richtigen Umgang mit den Feuerungsanlagen. Mit qualitativ hochwertigem Holz, einer technisch einwandfreien Heizung und einer sparsamen Nutzung lassen sich die Emissionen der Holzöfen und -kessel entscheidend senken. Wer das Klima schonen, die Umwelt schützen und seinen Nachbarinnen und Nachbarn nicht in die Quere kommen möchte, sollte – unter anderem – die folgenden vier, einfachen Tipps beachten:

- alte Brenner raus: auf moderne, emissionsarme Anlagentechnik setzen – zum Beispiel Pellet-Heizungen, die das Umweltzeichen „Blauer Engel“ tragen.
- den richtigen Brennstoff wählen: nur trockenes, Natur belassenes Holz verbrennen.
- die Anlage richtig bedienen: zügig anheizen und sich bei Menge und Art des Brennstoffes nach den Ratschlägen der Hersteller richten.
- die Anlage regelmäßig warten: Zumindest vor Beginn jeder Heizperiode sollte ein Fachbetrieb die Anlage gründlich inspizieren.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich per Telefon (zum Ortstarif): 01888/305-3355, per Fax (zum Ortstarif): 01888/305-3356, per Email: uba@broschuerenversand.de oder im Internet unter <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3151.pdf>.

Schriftliche Bestellungen an: Umweltbundesamt, c/o GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn, Postfach 30 03 61, 53183 Bonn.

Anmerkung Scherrmann;

Es wird mir laufend berichtet, dass Kranke mit SIKs (schadstoffinduzierten Krankheiten) Probleme bei Holzfeuerung von Nachbarn bekommen, besonders die AsthmatikerInnen leiden zum Teil erheblich. Von meinen haeufigen Gespraechen mit Schornsteinfegermeistern bin ich immer wieder erstaunt, dass der Gesetzgebener einerseits die jaehrliche Inspektion verlangt, andererseits aber das Verbrennen von Schadstoffbelasteten Hoelzern, Papieren, ... nicht eingeschraenkt werden kann, weil Kaminfeger sich immer vorher anmelden muessen, und somit nur selten aufklaerende Gespraeche und/oder eine Anzeige von seiten der Schornsteinfeger vorgenommen werden kann. Zudem gibt es vermehrt Kaminheizer, die ganz gezielt schadstoffbelastetes Material nachts verheizen, um Anzeigen bewusst zu entgehen. (denn wer steht schon nachts auf und recherchiert, woher die Emissionen kommen). Mehr Aufklaerung ist also dringend noetig.

=====

Ende des newsletter/d/107

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann, Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, Tel.: + 49 7352 940529 email: Scherrmann@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>
SAFER WORLD ist ein privates unabhængiges internationales Internet-Informations-Netzwerk fuer eine gesuendere Umwelt